

VERKEHRSPOLITIK - Kein Zurück zur Postkutsche - der Gotthardtunnel muss auch für LKW offen bleiben. **3+7**

INTERVIEW - Brenda Mäder: Darum ist die Buchpreisbindung ein alter Zopf, der abgeschnitten werden muss. **4**

KMU-BAROMETER - Etwas mehr Beschäftigte dank verbessertem Wirtschaftsklima im ersten Quartal 2011. **6**

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Die Arbeitswelt muss mitreden!

«Die Schweiz darf zu Recht stolz auf ihr hochqualifiziertes Berufsbildungssystem sein und sollte diese Stärken durch aktives Handeln fördern.» Dies sagt die Organisation für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung OECD und lobt vor allem, dass unser Bildungssystem stark auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ausgerichtet ist.

Dass dies so ist, ist nicht zuletzt ein Verdienst des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv. Zusammen mit seinen Branchenverbänden kämpft er seit Jahren für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Doch genau da hapert es. Offensichtlich wollen Politiker und Bildungsbürokraten lieber unter sich bleiben und ohne die Arbeitswelt entscheiden. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn nun im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vorgeschlagen wird, dass im Hochschulrat - dem Steuerungsgremium des HFKG - ausschliesslich Kantonsvertreter und ein Bundesrat sitzen sollen. Schliesslich finanzierten die Kantone die Bildung, heisst es, sie sollten auch entscheiden. Nur wird dabei übersehen, dass die Kantone ihr Geld ja von irgendwoher haben. Und wenn nicht von der Wirtschaft, von wem sonst?

Es ist unerlässlich, dass die Arbeitswelt vier Sitze im Hochschulrat bekommt, je zwei für die Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Wirtschaft, die 70 Prozent aller Jugendlichen ausbildet, muss mitbestimmen und mitgestalten können. Es braucht den Bezug zur realen Arbeitswelt.

Unnötig die Angst, die Wirtschaft könnte zu einflussreich sein und die Freiheit von Lehre und Forschung einschränken. Erstens können die Interessen von Bildung und Wirtschaft gar nicht so weit auseinanderliegen, dass Ideen und Überlegungen aus der realen Wirtschaftswelt eine Gefahr für die Bildung darstellen könnten. Und zweitens blieben selbst vier Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner bei Abstimmungen in den beiden Gremien immer in der Minderheit.

Für den sgv liegt es deshalb auf der Hand, dass ein Gesetzesentwurf verhindert werden muss, der die Stärken unseres Bildungssystems in keiner Weise fördert, sondern im Gegenteil noch schwächt. Es bleibt zu hoffen, dass die WBK des Nationalrates dieser Vorlage an der Schlussitzung nächste Woche eine Abfuhr erteilt und dem Parlament den Weg öffnet, etwas Vernünftiges zu tun. Die Wirtschaft muss auch in der Bildungspolitik ein Partner sein. Dafür wird sie kämpfen - notfalls auch mit dem Referendum.

ARBEITSMARKT - Das SECO nennt konkrete Kontrollmassnahmen gegen die Scheinselbständigkeit und Nationalrat Hans Rudolf Gysin fordert die Möglichkeit, Betrüger wegzuweisen.

Nun geht's endlich vorwärts

Die Kritik war hart, als das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO im vergangenen Herbst ein Rundschreiben zum Problem der Scheinselbständigkeit in die Vernehmlassung schickte. Als Vertreter einer Taskforce, mit deren Hilfe sich das am meisten betroffene Ausbaugewerbe gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerbeverband sgv gegen die Auswüchse der grassierenden Betrüge- reien zur Wehr setzt, sprach sgv-Vizedirektor Marco Taddei von einem «Papiertigerli», welches das SECO geboren habe. Die Taskforce forderte eine vollständige Überarbeitung des SECO-Papiers. Unter anderem müsse ein verbindliches Kontrollschema geschaffen werden, und es fehlten konkrete Sanktionsmöglichkeiten gegenüber ertappten Scheinselbständigen.

Unterlagen auf Mann

Das SECO nahm die harsche Kritik der betroffenen Wirtschaft ohne zu murren entgegen und ging über die Bücher. Es wurde eine «gemischte Arbeitsgruppe» aus Vertretern des SECO, der Gewerkschaften und der Wirtschaft (darunter auch der sgv) eingesetzt. Diese übernahm Ideen des sgv, wie das drängende Problem angegangen werden sollte. «Was nun als Massnahmen gegen Scheinselbständige vorgesehen wird, ist deutlich klarer definiert als im ersten Entwurf»,

lobt Taddei darum ein halbes Jahr später. In der Entsendeverordnung soll jetzt nämlich unmissverständlich festgehalten werden, mit welchen Mitteln der Nachweis einer tatsächlichen Selbständigkeit erbracht werden muss. So sollen ausländische Selbständigerwerbende bei ihrem Einsatz auf Schweizer Baustellen unter anderem folgende Unterlagen und Dokumente mitführen müssen:

- Gewerbeschein oder Gewerbeanmeldung;
- Meldung beim Finanzamt (Mehrwertsteuer- bzw. Umsatzsteuer-Nummer);
- Vertrag für den in der Schweiz auszuführenden Auftrag;
- Abrechnungen, welche die eigene Rechnungsstellung belegen;
- Kaufbelege für Arbeitsmaterial oder Geräte resp. Auszüge aus der Buchhaltung, welche die eigenen Investitionen belegen;
- Unterlagen zur Sozial-, Betriebshaftpflicht-, Unfall- und Autoversicherung.

Beweisen oder wegweisen

Doch was, wenn der scheinbar Selbständigerwerbende den erforderlichen Nachweis für seine tatsächliche Selbständigkeit nicht erbringen kann? FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin, der als Direktor der Wirtschaftskammer Baselland an vorderster Front



Weg da! Wer von den Kontrolleuren erwischt wird, ohne seine Selbständigkeit zweifelsfrei nachweisen zu können, soll von der Baustelle weggewiesen werden können. Dies verlangt der Baselbieter FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin.

gegen das Phänomen Scheinselbständigkeit kämpft, hat sich des Problems angenommen und in der Sondersession im April eine entsprechende parlamentarische Initiative eingereicht. Darin verlangt er, dass seine Dienstleistung nicht weiterführen darf, wer den zweifelsfreien Nachweis seiner Selbständigkeit nicht erbringen kann. Die Kontrollorgane sollen nach ungenutztem Ablauf einer zweitägigen Frist zum Nachreichen der verlangten Dokumente die Anweisung ertei-

len dürfen, dass der offensichtlich Scheinselbständige seine Arbeiten einstellt und sich unverzüglich vom Acker macht. Solch harte Konsequenzen sind im Entsendegesetz bisher nicht vorgesehen. «Genau das muss aber möglich sein», sagte Gysin unlängst gegenüber der Gewerbezeitung. «Sonst laufen wir Gefahr, dass die Stimmung in der Bevölkerung zu Ungunsten der Personenfreizügigkeit kippt.»

Gerhard Enggist

VERWALTUNGSKONTROLLE - Überprüfung des Bundesamts für Umwelt bringt Unterlassungen des früheren UVEK-Chefs Bundesrat Moritz Leuenberger an den Tag.

Happige Vorwürfe an die Bafu-Spitze

Wie gut arbeitet das Bundesamt für Umwelt (Bafu)? Dieser Frage ging die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission (GPK) nach. Sie verlangte einen Bericht zur Arbeitsweise des Bafu. Die Ergebnisse der parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) waren zwar mehrheitlich positiv - doch der Teufel steckt bekanntlich im Detail.

Mängel in der Führung

Der Bericht stellt verschiedene Mängel fest. Diese liegen in der Führung des Amtes durch den Bundesrat einerseits und in der politischen Einmischung des Amtes andererseits. Insbesondere setze das - damals noch von UVEK-Vorsteher Moritz Leuenberger geleitete - Departement dem Bafu wenige Vorgaben und überprüfe diese kaum systematisch. Die departementale Steuerung sei «eher reaktiv», während andererseits die Leitung des Bafu unter Amtsdirektor

Bruno Oberle «über einen ausgeprägten Steuerungswillen verfügt». Verbandsvertreter beurteilten die Beziehungen zum Bafu kritisch. Zum Teil würden «Pro-forma-Konsultationen ohne praktische Bedeutung durchgeführt.» Nicht nur Vertreter der Verbände selber, sondern auch andere, teilweise amtsinterne Befragte, haben laut PVK-Bericht den Vorwurf erhoben, «das Bafu beziehe jeweils gezielt jene Organisationen mit ein, von denen es sich politische Unterstützung für seine Anliegen erhoffe».

Bundesrat setzt kaum Prioritäten

Der Bericht moniert die Unterlassungen des Bundesrats wie folgt: «Die formalisierten Planungen auf Stufe Bundesrat/UVEK enthalten nur sehr wenige Vorgaben für das Amt und sind deshalb für die Planung des Bafu nur beschränkt relevant. Die Planung auf Ebene Bundesrat und Departement entspricht weitgehend

den Vorschlägen des Bafu; Bundesrat und Departement setzen kaum aktiv eigene strategische Prioritäten.» Und weiter: «Die Jahresziele von Bundesrat und UVEK sowie die Jahresplanung des UVEK betreffen nur einen äusserst geringen Ausschnitt der gesamten Tätigkeiten des Amtes; auf die Prioritätensetzung und Ressourcenzuteilung beim Bafu als Ganzes haben sie kaum Auswirkungen.»

Politische Anmassung

Das - insbesondere aus Sicht des sgv - schwerste Manko sind jedoch die politischen Anmassungen des Amtes. Wenn es schon freie Hand bekommt, fühlt es sich berufen, eigenständig zu entscheiden, statt Entscheide zu implementieren. Das zeigt sich laut dem Bericht einerseits darin, dass es sich in die Zuständigkeiten des Bundesamtes für Energie einmischte und andererseits in der selektiven Auswahl seiner Partner.

Der Bericht stellt fest: «Die Abgrenzung zum Bundesamt für Energie bleibt indes etwas unklar. Als intransparent werden ausserdem die Beziehungen zu den Interessenverbänden beurteilt. Gemäss verschiedenen - amtsexternen und -internen - Befragten versucht das Bafu, durch einen gezielten Einbezug politische Unterstützung für seine Anliegen zu mobilisieren.»

sgv fordert echten Dialog

Diese Mängel moniert der sgv seit langem, wird doch der grösste Wirtschaftsdachverband der Schweiz - im Übrigen wie die anderen Wirtschaftsverbände auch - vom Bafu meist schlicht übergegangen. Der sgv fordert daher konkrete Zielvorgaben für das Amt, einen echten Dialog mit der Wirtschaft und die Verdrängung politischer Absichten in den Vollzugsarbeiten.

Henrique Schneider

Geschäftsjahr 2010. Starkes Ergebnis.

Die Mobiliar erzielte im 2010 ein ausgezeichnetes Resultat von 408,6 Mio. Franken (Vorjahr 393,5 Mio. Franken).

Bei Haushalt- und Autoversicherungen wieder zugelegt

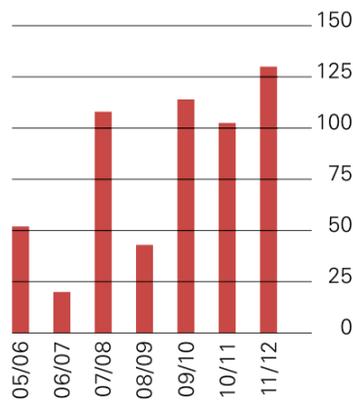
Das Nicht-Lebengeschäft hat ein Bruttoprämien-Volumen von 2,230 Mia. Franken erreicht und damit um 3,2% zugelegt, während der Markt ein Nullwachstum verzeichnete. Erfolgreich war wieder die Haushaltversicherung MobiCasa. Auch im Autoversicherungsgeschäft wurde mehr Neugeschäft erzielt.

Die Mobiliar hat auch Lebensversicherungen

Die Bruttoprämien im Lebengeschäft sind gegenüber Vorjahr um 4,9% auf 805,4 Mio. Franken gestiegen. Als Rückversicherer von Vorsorgeeinrichtungen hat die Mobiliar ihre traditionelle Leaderstellung erneut gefestigt. Auch die Produkte für Privatpersonen fanden reges Interesse.

Auszahlungen an Kunden im Nicht-Lebengeschäft

inkl. Begleitmassnahmen in Mio. CHF



Kunden werden am Erfolg teilhaben

Als genossenschaftlich verankertes Unternehmen teilt die Mobiliar den Erfolg. Ab Jahresmitte 2011 bis Mitte 2012 vergünstigt die Mobiliar die Haushaltversicherungen um 20% mit einer Überschussbeteiligung von 125 Mio. Franken.

Starkes Resultat – auch dank Gunst der Natur

Ganz im Gegensatz zum weltweit grossen Schädengeschehen blieb die Schweiz im Jahr 2010 von aussergewöhnlichen Elementarereignissen verschont. Das Schadenausmass variiert aber bekanntlich über die Jahre und Jahrzehnte hinweg beträchtlich. Dafür und für die Entwicklung aus eigener Kraft braucht die Mobiliar eine gute Eigenkapitalbasis. Diese wurde mit dem hervorragenden Ergebnis 2010 erneut gestärkt. So bleibt die Gruppe Mobiliar punkto Eigenkapital bestplatziert unter den Schweizer Erstversicherern und damit ein sicherer Partner für die Kundinnen und Kunden.

Weitere Informationen

Hauptsitz Nicht-Leben: Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft AG, Bundesgasse 35, 3001 Bern, Telefon 031 389 61 11, www.diemobiliar.ch

Hauptsitz Leben: Schweizerische Mobiliar Lebensversicherungsgesellschaft AG, Chemin de la Redoute 54, 1260 Nyon, Telefon 022 363 94 94, www.diemobiliar.ch

Oder die Mobiliar Generalagentur in Ihrer Nähe.

Die Mobiliar
Versicherungen & Vorsorge

KMU UND LANDWIRTSCHAFT – Nach wie vor erreichen den sgV zahlreiche Reaktionen auf seine Positionen zur Agrarpolitik 2014–2017.

«Endlich spricht es jemand aus...»

Die unverblühten Aussagen des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV zu den gewerbenahen Tätigkeiten vieler Landwirte und den «ungleichen Spiessen», die zwischen der Landwirtschaft und Gewerbebetrieben herrschen (vgl. sgz vom 8. April), stossen weiterhin auf ein breites Echo. Während manche Bauern und ihre Vertreter noch immer lamentieren, solch unverhohlene Kritik gehöre sich nicht – und schon gar nicht in der Öffentlichkeit –, erreichen den sgV aus seiner Leserschaft sowie im mündlichen Gespräch auch Botschaften wie diese: «Endlich wagt es jemand, das Thema anzupacken.» Nachfolgend eine Auswahl an Reaktionen – positive, aber auch kritische.

Vom Schweinemäster zum Transport-KMU

Mit Interesse habe ich den Artikel «Das Gewerbe sagt den Bauern den Kampf an» im «Tages-Anzeiger» gelesen. Ich kann Ihnen ein weiteres Beispiel der Unausgewogenheit mitteilen: Als Gewerbebetrieb müssen wir bzw. unsere Transport- resp. Kanalfahrzeugpartner die entsprechenden Transportaufwände für Speiseabfall «normal» kalkulieren. Einige Bauern, in diesem Fall speziell die Schweinemäster, welche ab dem kommenden 1. Juli die Speiseabfälle aus der Gastronomie per Gesetz nicht mehr verfüttern dürfen, «rächen» sich nun auf ihre Weise: Sie holen bei den Gastbetrieben weiterhin die Abfälle in Kübeln ab und liefern diese an eine Biogasanlage, um den alten Traktor weiter zu amortisieren... Sie mutieren jetzt plötzlich vom Schweinemäster zu Transport- und «Recycling-Unternehmen». Und zwar tun sie dies zu solchen Dumpingpreisen, dass ein gewerblicher Transporteur keine Chance hat, meines Wissens sogar ohne LSVA-Abgabe! Dass damit aber der Strassenverkehr durch 90 Prozent mehr Transportfahrten unnötig belastet wird und damit auch der CO₂-Ausstoss steigt, kümmert sie leider wenig.

Aldo Tschäppät,
Remas AG Wollerau/SZ

Man fragt sich wirklich

Es freut mich, dass endlich jemand zur Subventionspolitik der Schweizerischen Landwirtschaft das Wort ergreift. Ich bin der gleichen Meinung wie der Schweizerische Gewerbeverband. Wenn man sieht, wohin und wie die Subventionen verteilt werden, fragt man sich wirklich. Ich arbeite Teilzeit in einem landwirtschaftsnahen Betrieb, der Aus- und Weiterbildung für die Bauern anbietet. Das Gleiche bieten aber bereits die landwirtschaftlichen Abteilungen in diversen Kantonen an. Der bestehende Vertrag der Institution ist Ende 2010 ausgelaufen und garantierte vom Bundesamt für Landwirtschaft neun Millionen Franken pro Jahr (zwei Betriebe in Deutschschweiz und Westschweiz mit je 80 Personen). Nun ist ein Provisorium bis Ende 2012 angesagt, dass weiterhin einen solchen Geldsegen garantiert. Ab 2013 sollen die Leistungen in einem neuen Leistungsvertrag ausgehandelt werden! Es ist wirklich notwendig, dass auch andere Bereiche gleich lange Spiesse erhalten!

Heinrich Reutimann, Russikon ZH



Nicht überall wird die Schweizer Landwirtschaft als so idyllisch wahrgenommen wie auf diesem Bild.

Danke und bravo!

Ich möchte Ihnen danken für Ihren Einsatz gegen den unlauteren Wettbewerb, der uns von den Bauern geliefert wird. In unserer kleinen Metzgerei sind wir täglich mit dem von Ihnen angemahnten Problem der ungleichen Spiesse konfrontiert. Darum noch einmal: Danke und bravo!

Dennis Schwartz,
Les Geneveys-sur-Coffrane/NE

Angenehm überrascht

Ich war angenehm überrascht von der Antwort des sgV auf die unlautere Konkurrenz, die uns vom Bauernstand geliefert wird. Tatsächlich hat dieses Phänomen ungeahnte Ausmasse angenommen. Viele Bauern sind heute bloss noch scheinbar Landwirte. Die meisten haben die Viehhaltung aufgegeben und einige lassen sich ihre Felder gar schon von Privaten bewirtschaften. Manche verdienen ihr Geld, indem sie eine administrative Funktion innerhalb der Landwirtschaft bekleiden.

Mir scheint es an der Zeit, die Privilegien der Landwirtschaft auf gesetzlichem Weg zu bekämpfen. Ihre Organisation ist einflussreich genug, sich dafür die Unterstützung einer Mehrheit zu sichern.

Jean-Paul Petitmermet, Syens/VD

Falsche Taktik

Ich finde es eine falsche Taktik, wenn man jetzt auf die Landwirtschaft losgeht. Die meisten Landwirte leben mit einem Einkommen am unteren Ende der Einkommensskala. Es gibt da ganz andere Berufsgruppen die man «attackieren» könnte. Berufsgruppen, die den Steuerzahler für ihre Leistung viel zu viel kosten. Wenn man in der Tagespresse («Blick») nachschaut, sieht man einmal mehr schwarz auf weiss, dass die Lehrer überdurchschnittlich viel verdienen für ihre Leistung die sie während 39 Wochen im Jahr abliefern. Und 13 Wochen im Jahr sind sie noch ohne ihre «Kundschaft»! Der soziale Unfrieden wächst vor allem, weil der Staat, die Kantone und die Gemeinden ihre Angestellten zu teuer entlohnen. Weil eben bei Staats- und Kantonslöhnen kein Wettbewerb vorhanden ist, können die Saläre auch willkürlich festgesetzt werden. Es gibt keine Konkurrenz bei den Lehrern und Beamtenlöhnen. Die Politiker erweisen sich meistens als zu wenig konsequent bei der Festlegung der Löhne und Entschädigungen.

Koni Rüegg, Hinwil/ZH

Aufbauarbeit zerstört

Mit Interesse las ich in diversen Medien die Aussagen verschiedener Exponenten des Gewerbeverbands zur Landwirtschaft. Als aktiver Landwirt bin ich Partner verschiedener KMU und Gewerbetreibender bzw. KMU, und Gewerbetreibende sind meine Partner. Auf Grund dieser Geschäftsbeziehungen ergeben sich diverse gute Gespräche mit den jeweiligen Betriebsinhabern oder Kadermitarbeitern. Man lernt so die Freuden und Leiden seines Gegenübers besser kennen und kann sich in freundschaftlicher Weise nähern. Mit Ihrem Gang an die Medien haben Ihre Exponenten nun viel von dieser Aufbauarbeit im Kleinen zerstört. Glauben Sie in allem Ernst, dass ein Landwirt, welcher im Nebenerwerb einem Gewerbe nachgeht, eine wirkliche Konkurrenz zu einem KMU sein kann? Meist geschieht dies als Einmannbetrieb. Beschäftigen solche Landwirte Angestellte, haben sie ebenfalls alle üblichen Sozialleistungen (AHV-Beiträge, Pensionskasse, obligatorische Unfallversicherung usw.) wie jeder andere Betrieb mit Angestellten zu leisten. Aus diesem Grund sind solche Gewerbe nicht in der Lage, als «Preisdrücker» aufzutreten. Ebenfalls gehört es in das Land der Märchen, Besenbeizen und Hoffläden in der Landwirtschaftszone würden von der Lebensmittelkontrolle mit Samthandschuhen angefasst.

Wenn Sie fordern, die Landwirtschaft solle sich in der Landwirtschaftszone nur noch auf die Produktion von Lebensmitteln beschränken, so haben Sie diesbezüglich die Entwicklung in der Landwirtschaft seit 1990 nicht mehr verfolgt. Die Produzentenpreise für landwirtschaftliche Produkte sind praktisch auf der ganzen Palette gesunken. Dies oftmals zu Gunsten der nachgelagerten Branchen. Dass dies von der Politik von links bis rechts so gewollt ist, brauche ich nicht speziell zu erwähnen.

Hansueli Stähli, Brienz BE

NACHLESE

Höherer Abzug für
Bildungskosten

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S) hat die Vorlage des Bundesrates über die steuerliche Behandlung von Aus- und Weiterbildungskosten angenommen. Der maximale jährliche Abzug soll aber – wie vom Schweizerischen Gewerbeverband sgv gefordert – nicht bloss 6000, sondern 12000 Franken betragen. Diese Verdoppelung geschah laut der WAK-S «mit Rücksicht darauf, dass Aus- und Weiterbildungen zum Teil hohe Kosten verursachen und so die finanzielle Leistungsfähigkeit von Steuerpflichtigen merkbar schmälern können». Die Kommission begrüsst die Vorlage, da sie gegenüber dem heutigen Recht die Grenze zwischen abzugsfähigen und nicht abzugsfähigen Kosten deutlicher macht und sie so der zum Teil als stossend empfundenen unterschiedlichen Handhabung in verschiedenen Kantonen ein Ende setzt.

HEV kämpft nach
Rückschlag weiter

Geht es nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats, so soll die Besteuerung des Eigenmietwerts vorläufig nicht aufgehoben werden. Die Kommission empfiehlt mit 14 zu 12 Stimmen, die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» in der Sommersession abzulehnen. Der Hauseigentümerverband (HEV) möchte mit dem Volksbegehren dafür sorgen, dass Hauseigentümer im Rentenalter von der Eigenmietwertbesteuerung befreit werden, wenn sie das wünschen. Die WAK empfiehlt gleichzeitig, nicht auf den vom Bundesrat entworfenen und vom Ständerat in der Frühjahrsession weiter entwickelten indirekten Gegenvorschlag einzutreten. Stattdessen will die WAK die beiden Vorlagen entkoppeln. Die Initiative könnte damit dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden, ohne dass die Differenzen zwischen den Räten zum Gegenvorschlag bereinigt wurden.

Der HEV reagierte enttäuscht auf Ablehnung seiner Volksinitiative – und hält an der Initiative fest. «Es ist uns unverständlich, dass Stockwerkeigentümer und Hauseigentümer weiterhin vom Fiskus dafür bestraft werden sollen, dass sie ihre Schulden abzahlen wollen», so die Reaktion von HEV-Direktor Ansgar Gmür. Es liege nun am Nationalrat, das Wohneigentum als «unbelastete» Altersvorsorge zu ermöglichen und die Volksinitiative des HEV zu unterstützen – «oder ihr zumindest einen Gesetzesvorschlag entgegenzusetzen, der die berechtigten Anliegen der Initiative aufnimmt».

sgz unterstützt
kooaba Paperboy

Von der Zeitung über das Bild in die digitale Welt: Die sgz unterstützt kooaba Paperboy. Einfach eine Seite fotografieren, schon wird diese erkannt, kann als PDF-Datei archiviert und über verschiedene Kanäle weiter empfohlen werden. Zudem sind für die Seiten oft spannende weiterführende Inhalte hinterlegt. Um kooaba



Paperboy nutzen zu können, benötigt man ein iPhone oder Android Smartphone mit Kamera und der App «kooaba Paperboy» ist installiert (diese lässt sich kostenlos im AppStore bzw. auf dem AndroidMarket herunterladen).

LINKS

www.sgv-usam.ch/index.php?id=paperboy
www.paperboytool.com

TONY Z'GRAGGEN – Der Präsident von Wirtschaft Uri hofft, dass das Urner Stimmvolk am 15. Mai ein doppeltes Ja für einen neuen Gotthardstrassentunnel einlegt.

«Ja stimmen – für KMU»

Gewerbezeitung: Was würde die zweieinhalbjährige Schliessung des Gotthard-Strassentunnels für den Kanton Uri bedeuten?

■ **Tony Z'graggen:** Die wirtschaftlichen Konsequenzen wären gravierend. Allein bei der Autobahnraststätte in Schattdorf müsste mit einem geschätzten Umsatzrückgang von rund 25 Prozent gerechnet werden. Auch das lokale Transportgewerbe würde stark leiden. Statt wie heute in 40 Minuten von Erstfeld nach Ambri zu gelangen, müsste es sich in die lange LKW-Warteschlange in Schattdorf einreihen und den zeitraubenden Bahnverlad in Anspruch nehmen. Die Autofahrer könnten zwar in Göschenen verladen lassen. Aber es ist fraglich, ob Italienreisende diesen Aufwand auf sich nehmen würden. Realistischer ist, dass sie Uri künftig weiträumig umfahren werden. Der Urner Tourismus schliesslich würde aufgrund der fehlenden Strassenverbindung Richtung Süden eine grosse Zahl Gäste verlieren. Man darf nicht vergessen: Eine Passfahrt wäre für Wohnmobile und Reisesecars umständlich und zeitraubend.

«MIT DER TUNNELSCHLISSUNG WÜRDEN DIE HANDWERKERBETRIEBE VOM TESSIN ABGENABELT.»

Handelt es sich also um eine Schwächung von ein paar wenigen Branchen?

■ **Nein:** Auch weitere Wirtschaftszweige wären stark betroffen. Die Urner Garagenbetriebe und viele Detailhändler hätten hohe Umsatzeinbussen. Gleiches gilt für die Handwerkerbetriebe, die heute teilweise bis zu einem Viertel oder einem Drittel ihres Umsatzes im Tessin erwirtschaften. Egal, ob Metallbauunternehmen oder Holzindustrie: Mit der Tunnelschliessung würden sie vom Tessin abgenabelt. Die negativen Folgen wären über Jahre hinweg spürbar, denn wenn Auftragsgeber erst einmal mit Firmen ausserhalb des Kantons Uri Verträge abgeschlossen haben, werden sie vermutlich auch nach Wiedereröffnung des Strassentunnels vermehrt unserer ausserkantonalen Konkurrenz den Vorzug geben. Bei der kantonalen Volksabstimmung vom 15. Mai Initiative und Gegenvorschlag anzunehmen, bedeutet somit auch, für KMU Ja zu stimmen.

Inwiefern unterscheiden sich Initiative und Gegenvorschlag, über die das Urner Stimmvolk am 15. Mai abstimmt?

■ Beide Vorlagen haben zum Ziel, eine Totalsperrung am Gotthard in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu vermeiden. In diesem Punkte verfolgen sie demnach dasselbe Ziel. Sie unterscheiden sich darin, wie die heutige Röhre in rund 15 Jahren genutzt werden soll.

Die Initiative, die von der Jungen SVP eingereicht worden ist, sieht vor, dass eine neue Röhre gebaut und die bestehende Röhre anschliessend saniert wird. So würden die beiden Fahrrichtungen auf die beiden Röhren aufgeteilt. In einer Röhre würde man



«Nur mit einem deutlichen Ja senden wir ein klares Signal Richtung Bern aus, dass der Kanton Uri eine neue Gotthard-Röhre befürwortet», sagt der Urner Gewerbepräsident Tony Z'graggen.

BILD URNER WOCHENBLATT

einspurig nach Süden fahren, in der anderen einspurig nach Norden. Der gemeinsame Gegenvorschlag von Regierungsrat und Landrat sieht vor, dass eine Ersatzröhre gebaut wird, ohne anschliessend die bestehende Röhre zu sanieren.

Warum wirbt der kantonale Gewerbeverband für ein doppeltes Ja?

■ Der kantonale Gewerbeverband hätte es auch lieber gesehen, dass nur eine Variante dem Volk vorgelegt wird. Denn für die nächsten 15 Jahre verfolgen ja beide Varianten dasselbe Ziel. Bei der Stichfrage empfehlen wir, das Kreuz bei der Initiative zu machen, da sie das glaubwürdigere Zukunftsszenario zum Inhalt hat.

«BEIDE VORLAGEN HABEN ZUM ZIEL, EINE TOTALSPERRUNG AM GOTTHARD IN DEN NÄCHSTEN 10 BIS 15 JAHREN ZU VERMEIDEN.»

Die Verhinderung der Vollsperrung steht für Wirtschaft Uri ebenso im Vordergrund wie für Politiker der Parteien CVP, FDP und SVP, die gemeinsam das Komitee «2 x JA für eine neue Röhre am Gotthard» gegründet haben. Wir müssen vermeiden, dass die beiden Vorlagen gegeneinander ausgespielt werden und sich dadurch die Ja-Stimmen aufsplitten. Sonst laufen wir Gefahr, von den Fundamentalisten der Gegenseite, die schätzungsweise 35 bis 40 Prozent Stimmkraft haben, übertrumpft zu werden. Anders als den Siegern der Alpen-Initiative reicht uns am 15. Mai ein knappes 50,5 Prozent-Ja nicht, um uns durchzusetzen. Nur mit einem deutlichen Ja senden wir ein klares Signal Richtung Bern aus, dass der Kanton Uri eine neue Gotthard-Röhre befürwortet.

Je nach Variante kostet die neue Röhre 2 oder 2,5 Milliarden Franken. Ist das nicht zu teuer?

■ Statt nur die Kosten durchzugehen, sollten wir die Rentabilität betrachten. Diese zeigt eindeutig, dass es sich um eine der bestmöglichen Investitionen handelt. Ein Tunnel ist ein Bauwerk, das 100 bis 200 Jahre lang Nutzen bringt. Dagegen müsste bei einer Vollsperrung für den Zeitraum von drei Jahren sowohl in Schattdorf eine provisorische Bahnverladestation gebaut werden, als auch auf zwei Kilometern Länge ebenso provisorische sechs oder sieben neue Gleise durch den Urner Boden verlegt werden. Ebenfalls müsste der Bahnhof Göschenen für den Verlad von PWS ausgebaut werden. Dasselbe würde im Tessin notwendig werden. Diese Vorgehensweise würde zusätzlich zur Tunnelsanierung Kosten im dreistelligen Millionenbereich verursachen, die infolge des sofortigen Rückbaus nach Wiedereröffnung des Tunnels aus wirtschaftlicher Sicht alles andere als nachhaltig wären.

Aus ökologischer Sicht wäre aber ein Bahnverlad sicher sinnvoll?

■ Aus Urner Sicht sicher nicht! Der Landbedarf für eine Bahnverladestation für den LKW-Verkehr wäre enorm. Bereits für das Schwerverkehrszentrum und die Neat musste Uri sehr viel Kulturland hergeben. Ein weiterer Kulturlandverlust ist für die Urner Landwirtschaft nicht tragbar. Zudem muss gesagt werden, dass die Umweltbelastung in Uri zunehmen würde. Denn der Schwerverkehr würde weiterhin nach Uri rollen. Das Verladen würde zu zusätzlichen Umweltbelastungen führen. Das Ziel «Verlagerung des Schwerverkehrs von Grenze zu Grenze» würde geradezu torpediert. Es kann im Übrigen nicht sein, dass Uri ganz allein die Probleme Europas lösen soll.

Widerspricht der Bau einer zweiten Röhre nicht dem Kapazitäts-

ausbauverbot, das seit dem Ja zur Alpen-Initiative in der Bundesverfassung steht?

■ Bei beiden Vorlagen handelt es sich bewusst nicht um einen Kapazitätsausbau. Der Verkehr würde bei beiden Varianten auch künftig pro Richtung nur einspurig fließen. Auch der frühere Bundesrat Moritz Leuenberger vertritt die Ansicht, dass ein einspurig geführter neuer Tunnel nicht gesetzeswidrig ist.

Ein Teil der Leserschaft der Schweizerischen Gewerbezeitung bedauert, dass die Urner es nicht wagen, gegen die Alpen-Initiative anzukämpfen.

■ Dies ist grundsätzlich nicht eine kantonale, sondern eine schweizerische Angelegenheit. Die Auseinandersetzung ist bloss vertagt. Wir Urner können es uns derzeit aus Zeitgründen nicht leisten, über die Alpen-Initiative zu diskutieren. Wir brauchen möglichst schnell einen neuen Tunnel. Ich bin überzeugt, dass in 10 bis 15 Jahren die nächste Generation Verkehrsteilnehmer das Thema Kapazitätsausbauverbot neu aufgreifen wird. Dann wird seit dem äusserst knappen Abstimmungsausgang vom Februar 1994 so viel Zeit verstrichen sein, dass im Gegensatz zu heute eine entkrampfte Diskussion möglich sein wird.

«DER VERKEHR WÜRD BEI BEIDEN VARIANTEN AUCH KÜNFTIG PRO RICHTUNG NUR EINSPURIG FLIESSEN.»

Kürzlich traf sich der Schweizer Bundesrat in Altdorf zu einer vielbeachteten Sitzung. Wie wird der Kanton Uri an einem gewöhnlichen Tag wahrgenommen?

■ Uns werden viele Sympathien entgegen gebracht. Wir gelten sicher nicht nur als Randregion, die der Kanton Uri als traditionelle Transitregion ohnehin nie war. Wenn der Kanton Uri wie kürzlich in der Kritik steht, er würde kaum Bevölkerungswachstum aufweisen, stört uns dies nicht weiter. Denn obs eintritt, wird die Zukunft weisen. Uns ist es wichtiger, dass sich die Urnerinnen und Urner wohlfühlen und der Kanton in der Arbeitslosenstatistik eine der geringsten Arbeitslosenquoten schweizweit aufweist.

Interview: Matthias Engel

ZUR PERSON

Der 55-jährige Altdorfer Tony Z'graggen ist Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes Wirtschaft Uri. Seit Jahren ist er Geschäftsleitungsmitglied der Treuhand- und Revisionsgesellschaft Mattig-Suter und Partner Schwyz. Der diplomierte Steuerexperte und Vorsorgespezialist berät hauptsächlich KMU bei der Nachfolgeregelung. Tony Z'graggen ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Söhnen.

BRENDA MÄDER – Die Präsidentin der Jungfreisinnigen wehrt sich gegen die Buchpreisbindung und andere Überregulierungspläne im Medienbereich.

«Jedes Kartell ist konsumentenfeindlich»

Gewerbezeitung: Sie haben zum Interviewtermin das Sachbuch «Globalisierung: Die zweite Welle. Was die Schweiz erwartet» als Ihre aktuelle Lektüre mitgebracht. Wo haben Sie das Buch gekauft?

■ **Brenda Mäder:** Ich habe es im Internet bestellt – und zwar direkt beim Verlag. Auf den Preis habe ich zwar nicht direkt geachtet, aber ich habe mal angenommen, dass der Verlag das Buch am billigsten anbietet.

Seit 2007 Buchpreisregelung aufgehoben worden ist, ist die Zahl der Buchhandlungen laut Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband um 14,5 Prozent zurückgegangen. Könnte die Wiedereinführung der Buchpreisbindung diesen Trend stoppen?

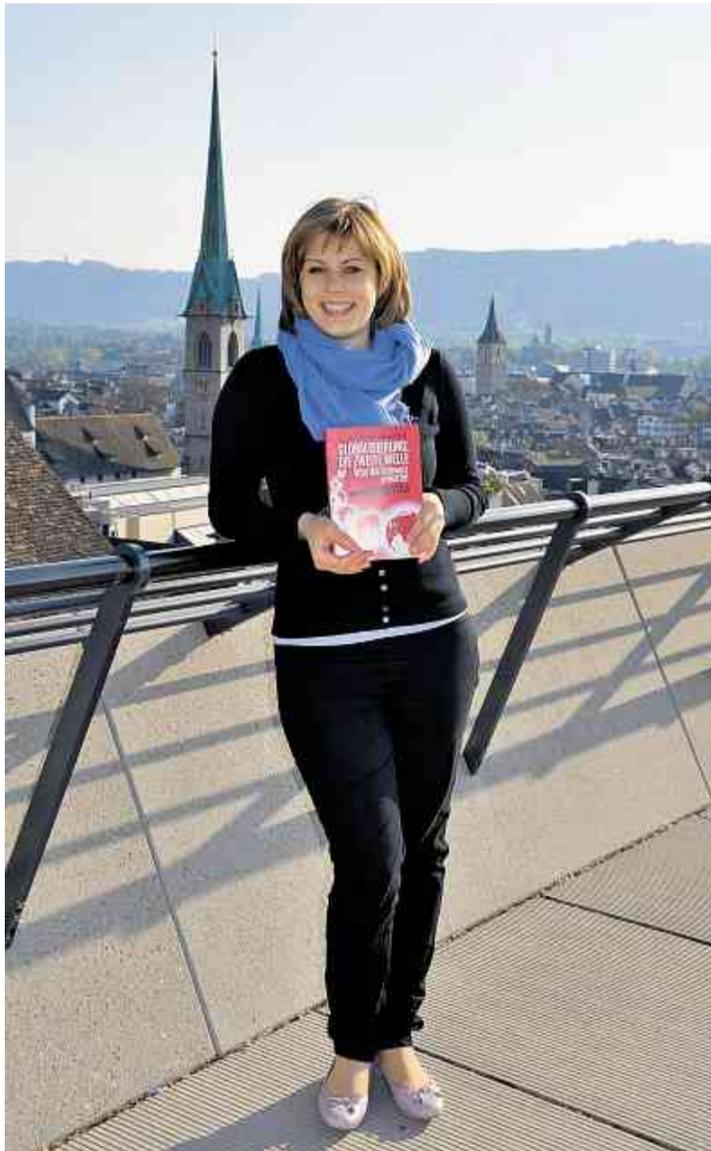
■ Vor einigen Jahren herrschten in der Branche noch andere Rahmenbedingungen. Die Leser bestellten weit weniger im Internet, elektronische Lesegeräte waren kaum verbreitet. Die Zahl der Internetbestellungen hat in den letzten Jahren nicht nur wegen der günstigeren Preise zugenommen. Wenn beispielsweise Medienstudierende ganze Wagenladungen Bücher während ihres Studiums lesen müssen, profitieren sie gerne von dem Service, sich die Bücherstapel heimzuliefern zu lassen.

«DER AUFHEBUNG DER BUCHPREISBINDUNG IST ES ZU VERDANKEN, DASS DIE ZAHL DER BUCHHANDLUNGEN NICHT NOCH STÄRKER ZURÜCKGEGANGEN IST.»

Ich bin überzeugt: Der Aufhebung der Buchpreisbindung ist es zu verdanken, dass die Zahl der Buchhandlungen nicht noch stärker zurückgegangen ist. Die vielen preisbewussten Kunden würden ansonsten statt bei günstigen Schweizer Anbietern ihre Bücher in Deutschland bestellen, wo die teuren Schweizer Preise nicht gelten. Wir können nicht durch fixe Preise eine ganze Branche vor der Umstrukturierung bewahren. Eine Preisbindung hätte die Ostschweizer Textilindustrie einst ebenso wenig vor schmerzhaften Einschnitten bewahrt, wie sie im 21. Jahrhundert auch keine Strukturprobleme des Buchhandels löst. Man sollte zudem nicht vergessen, dass im Schweizer Buchhandel nicht nur in den Ladenlokalen Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, sondern auch im Onlinehandel.

Viele Verlage und Autoren behaupten, dass fixe Buchpreise ein Garant für die kulturelle Vielfalt sind. Was meinen Sie dazu?

■ Das ist eine zu einseitige Sicht. Wenn ich mich dafür entscheide, einen Bestseller zu kaufen, will ich nicht mit meinem Buch die Lektüre anderer Leute subventionieren. Das Vorurteil, ein erfolgreiches Buch sei automatisch von niedriger Qualität, trifft nicht zu. Für mich ist die Wiedereinführung der Buchpreisbindung eine Zwängerei, welche die Wettbewerbsfreiheit einschränkt und dem Bundesgerichtsentscheid widerspricht, dass es beim Kartellverbot keine Ausnahme geben soll. Jedes Kartell ist konsumentenfeindlich. Die



«Das Vorurteil, ein erfolgreiches Buch sei automatisch von niedriger Qualität, trifft nicht zu», erklärt Parteipräsidentin Brenda Mäder.

Buchpreisbindung ist erst recht nicht nötig, da es längst rechtliche Grundlagen gibt, Schweizer Autoren zu fördern. Die Pro Helvetia überweist regelmässig Autorenbeiträge.

Haben Sie beobachtet, dass Fachbücher wegen Aufhebung der Buchpreisbindung teurer geworden sind?

■ Die Preise haben sich 2007 nicht gross verändert. Die Buchhandlungen halten sich grösstenteils an die Listenpreise, generelle Preiserhöhungen haben wir nicht festgestellt. Fachbücher werden ohnehin häufig direkt beim Professor gekauft. Oder die Studenten schliessen sich zu Einkaufsgruppen zusammen und profitieren davon, dass sie von den Buchhändlern und Verlagen als Grosskunden eingestuft werden und von Rabatten profitieren.

«WIR JUNGFREISINNIGEN WEHREN UNS GEGEN JEGLICHES PREISDIKTAT.»

Bücher sind doch ohnehin nur noch ein Nischenprodukt, das nur einen Bruchteil der Haushaltsausgaben der Durchschnittsschweizer ausmacht. Warum setzen Sie sich ausgerechnet in diesem Bereich ein?

■ Wir Jungfreisinnigen wehren uns gegen jegliches Preisdiktat. Es handelt sich hierbei um einen Grundsatzentscheid mit Signalwirkung. Wenn Bücher teurer werden, fördert dies sicher nicht den Lesekonsum. Für uns Jung-

freisinnigen war es deshalb klar, dass wir bei einem Ja des Parlaments zur Wiedereinführung der Buchpreisbindung das Referendum ergreifen würden. Wir sind froh, dass wir bei unserem Anliegen von Vertretern der FDP, der SVP, der Piratenpartei und dem Konsumentenforum unterstützt werden und dass wir unsere Unterschriftenbogen nicht nur in sämtlichen ex-libris-Filialen der Deutschschweiz, sondern auch bei kleineren Buchhandlungen auflegen dürfen.

Der Suisa haben die Jungfreisinnigen sowie die Piratenpartei kürzlich «Gebührenterror auf Leerdatenträger» vorgeworfen. Gönnen Sie den Künstlern Ihre Entschädigung nicht?

■ Wir sind nicht gegen die Entschädigung an sich, sondern fordern die Abschaffung der Suisa-Gebühren auf Leerdatenträgern. Die Suisa-Gebühren auf leere CDs/DVDs, MP3-Player und iPods belasten die Konsumenten gleich mehrfach, denn die Abgabengebühren werden ja bereits beim Kauf des Musikstücks beglichen. Trotzdem muss man für die Sicherheitskopien und die Kopien auf mobile Geräte, damit man die Lieder auch unterwegs hören kann, zusätzlich bezahlen. Gerade die Tatsache, dass man heute als Konsument unter Generalverdacht gestellt wird, verleitet dazu, einen Song eher vom Kollegen zu kopieren.

Die Gebühren steigen dabei auch noch rasant, da die technische Entwicklung rasant ist und die Speicherkapazitäten immer grösser werden.

ZUR PERSON

Die Weinfelderin Brenda Mäder ist seit 2010 Präsidentin der Jungfreisinnigen und Mitglied der Parteileitung der FDP Schweiz. Die 25-Jährige hat an der Universität St. Gallen ein Masterstudium in Banking und Finance abgeschlossen und arbeitet heute in der Abteilung Unternehmensentwicklung bei der Thurgauer Kantonalbank.

Damit nicht genug: Nun sollen diese Gebühren auf weitere Geräte wie Handys, USB-Sticks und Speicherkarten jeder Art ausgeweitet werden. Nicht mit uns! Mit dieser Meinung sind wir nicht allein: In den vergangenen Wochen haben 3300 Personen unsere Petition auf www.abgabenterror.ch unterzeichnet.

Wie stehen Sie zur SP-Idee, eine Internetsteuer einzuführen?

■ Ich gehe davon aus, dass diese Idee bloss ein Versuchsballon ist. Weder ist klar, wer die Gebühr eintreiben sollte, noch wer von den Gebühreneinnahmen profitieren könnte. Das ist eine Idee von Leuten, welche die Funktionsweise des Internets noch immer nicht begriffen haben. Erstens ist das Internet grenzübergreifend. Wenn künftig Gebühren anfallen, wenn ich bei Google nach einem Schweizer Artikel suche, weiche ich halt auf deutsche Medien aus. Zweitens stimmt es gar nicht, dass Google die Schweizer Medien ausnutzt. Beide Seiten profitieren. Ein Internetportal ist darauf angewiesen, dass sie eine prominente Stelle im Google-Ranking hat. So kann sie ihre Besucherzahl vergrössern und als Folge daraus mehr Werbung generieren.

«DAS IST EINE IDEE VON LEUTEN, WELCHE DIE FUNKTIONSWEISE DES INTERNETS NOCH IMMER NICHT BEGRIFFEN HABEN.»

Die Jungfreisinnigen sind derzeit sehr aktiv. Erreichen Sie aber mit Ihren Kampagnen überhaupt die junge Wählerschaft, die vermehrt zu neuen Parteien wie GLP und Piratenpartei zu tendieren scheint?

■ Um gewählt zu werden, sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten auch auf die Stimmen von anderen Bevölkerungsgruppen angewiesen. Ich hoffe, Wähler aller Altersgruppen honorieren, dass wir uns in Themenbereichen engagieren, die von den etablierten Parteien oftmals übersehen werden. Man muss auch all die Arbeit sehen, die wir beispielsweise in den Referendumskampf gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung stecken.

Beispiele wie die politischen Erfolge von Christa Markwalder und Christian Wasserfallen zeigen, dass Jungfreisinnige Erfolge haben und sich in der Politik etablieren können. Aber natürlich ist es schwierig, gegen eine GLP anzutreten, die eine Label-Partei par excellence ist. Die Piratenpartei ist als eine kleine, auf wenige Themen begrenzte Partei mehr Partnerin als Konkurrentin.

Doch wichtig ist nicht nur der Wahltag: Wir Jungfreisinnigen haben auch das Ziel, mit alltagsnahen Themen Jugendliche für Politik zu begeistern und ihnen zu zeigen, dass es sich lohnt, sich für seine Interessen zu engagieren.

Interview: Matthias Engel

LINKS

www.buchpreisbindung-nein.ch
www.abgabenterror.ch

NACHLESE

Weniger Fesseln für Geschäfte

Nationalrat hat einer Motion von FDP-Nationalrat Markus Hutter zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten mit 104 zu 62 Stimmen zugestimmt. Der Vorstoss verlangt, dass die bürokratischen Einschränkungen der Ladenöffnungszeiten durch den Bund aufgehoben werden. Der Lebensrhythmus der Menschen habe sich geändert, viele Menschen kämen tagsüber nicht mehr zum Einkaufen, argumentierten die Befürworter. Wenn ein Geschäftsinhaber seinen Laden länger geöffnet haben wolle, dann dürfe der Staat das nicht verbieten. Motionär Hutter formuliert das Thema so: «Die Bürger wollen am Sonntag zur Kirche gehen, deshalb hat der Pfarrer Arbeit und geht dieser auch jeden Sonntag nach. Die Bürger wollen am Sonntag einkaufen gehen – das verbietet der Staat aber. Diese absurde Bürokratie, die den Bürger bevormundet, den Geschäften schadet und Arbeitsplätze kostet, muss gestoppt werden.»

LINK

www.buerokratie-stopp.ch

Onlineschalter für KMU neu lanciert

Mitte April lancierte das SECO eine neue Version des Onlineschalters für Unternehmensgründungen, welcher die Firmengründung weiter vereinfacht. Die Bezeichnung ändert von bisher www.KMUadmin.ch auf neu www.StartBiz.ch. Pro Jahr gründen rund 3800 Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Firma über diese Plattform, wie das SECO mitteilt.

Das SECO lancierte 2004 den Onlineschalter für Unternehmensgründungen mit dem Ziel, kleine und mittlere Unternehmen administrativ zu entlasten und deren Produktivität zu steigern. Über 27 000 Unternehmerinnen und Unternehmer haben ihre Firma in den letzten sieben Jahren über diese Plattform gegründet. Dank dieser eGovernment-Lösung können die Firmengründer für die Anmeldung beim Handelsregister, bei der AHV, Mehrwertsteuer und Unfallversicherung auf denselben Datenbestand zurückgreifen. Sie werden dabei mit Hilfestellungen durch den Ausfüllprozess geführt.

Nach sieben Betriebsjahren wird die bisherige Plattform durch eine neue Version abgelöst. Mit der Neulancierung wird die Benutzerführung wesentlich einfacher und klarer. Substanzielle Verbesserungen wurden zudem im Bereich der AHV-Anmeldung realisiert. Der komplexe Prozess einer Firmengründung wird mit dieser neuen Lösung weiter vereinfacht.

LINK

www.StartBiz.ch

ANZEIGE

VILLMERGEN BAHNHOFAREAL

Ihre neue Adresse ab 1. Oktober 2011 an zentraler Lage

Gewerbefläche Erdgeschoss

Geeignet als Laden-/Büro-/Praxisraum

Gesamtfläche Haus A	270.4 m ²
(kann unterteilt werden)	
Gesamtfläche Haus B	84.5 m ²

Miete m ² / Jahr	CHF 180.00
-----------------------------	------------

Sind Sie interessiert?
Céline Buholzer berät Sie gerne über die entsprechenden Möglichkeiten.

www.bahnhofareal-villmergen.ch

Franke Immobilien AG
CH-4663 Aarburg
Tel. 062 787 32 45
www.franke-immo.ch

FRANKE

Berner KMU: Kathrin Anderegg tritt ab

Nach zehnjähriger Amtszeit gibt Kathrin Anderegg-Dietrich das Präsidium von Berner KMU ab. Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 18. Mai soll die Nachfolge geregelt werden. Der Leitende Ausschuss schlägt den Langnauer Unternehmer Toni Lenz als neuen Präsidenten vor.



Zehn Jahre sind genug: Kathrin Anderegg gibt das Präsidium von Berner KMU in neue Hände.

Mit Kathrin Anderegg wurde am 18. April 2001 erstmals eine Frau an die Spitze des grössten Wirtschaftsverbands im Kanton Bern gewählt. Anderegg, Notar in Zollikofen, trat die Nachfolge des in den Bundesrat gewählten Samuel Schmid an. Sie konnte dabei auf ihre Erfahrungen als Kleinunternehmerin, aber auch als Mitglied des Grossen Rates (von 1986 bis 2002) und später als Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv (seit 2004) zählen. Kathrin Anderegg zeigte sich kämpferisch, wenn es um die Anliegen und Forderungen des Gewerbes ging; namentlich setzte sie sich für günstige Rahmenbedingungen, tiefere Steuern und weniger administrativen Aufwand ein.

LINK

www.bernerkmu.ch

AUS DEN VERBÄNDEN

Importdruck auf Schweizer Käseereien

Wie gewohnt wurde auch an der heurigen Frühlings-Delegiertenversammlung von Fromarte, dem Verband der Schweizer Käsespezialisten, in Bern eine Fülle von interessanten Daten zum Käse- und Milchmarkt vermittelt. In der Bilanz der Import- und Exportzunahmen von Käse resultierte im vergangenen Jahr ein Überhang von 1208 Tonnen zugunsten der Einfuhren. Diese Menge entspricht der Fabrikation von acht gewerblichen Käseereien und der Milchmenge von rund 103 Produzentenbetrieben. Einiges zu reden gaben auch die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Fromarte fordert eine Gleichbehandlung in Form einer Ausweitung der Unterstützung auf kleine gewerbliche Betriebe im Talgebiet. Die Initiative des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv für gleich lange Spiesse wurde von Delegierten ausdrücklich gelobt und verdankt. Fromarte steht für 600 gewerbliche Käseereien mit einem Umsatz von 800 bis 1000 Millionen Franken pro Jahr mit 2400 Arbeitsplätzen und 320 Lernenden vorwiegend im ländlichen Raum.

LINK

www.fromarte.ch

Mehr Fitness und Gesundheit

Der SFGV-Tag des Schweizerischen Fitness- und Gesundheitscenter Verbands fand in Luzern statt. Der Verband konnte sich im vergangenen Jahr um 16 auf 266 Mitglieder steigern. Das Ziel für das laufende Jahr lautet 300 Mitglieder. Der Branchentreff der Fitness- und Gesundheitsunternehmer widmete sich unter anderem dem Thema Bewegungsfähigkeit bis ins hohe Alter. Dies sei «die beste Medizin», waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion im KKL Luzern einig. Personen, die aktiv mit gesundheitswirksamer Bewegung ihre Gesundheit erhalten und fördern, sollen mit einem Bonussystem auf der Krankenversicherungsprämie (KVG) belohnt werden. Im Rahmen einer freiwilligen Versicherung sollen Versicherte jährliche «Standortanalysen» absolvieren, schlägt der SFGV vor. Zeigen die gemessenen Parameter einen guten Gesundheitszustand an, soll es ab dem zweiten Test zu einem Bonus in Form eines Rabattsystems kommen.

LINK

www.sfgv.ch

GASTROSUISSE – Das Gastgewerbe wehrt sich gegen den Drang zur Bevormundung des Bürgers.

Alte Ideen neu aufgewärmt

«Mangelhafte Hygiene in Restaurantküchen – früher waren das Einzelfälle. Doch letztes Jahr fielen bei der Hygiene-Kontrolle des Umwelt- und Gesundheitsamts Zürich mehr Gastrobotriebe durch als je zuvor – es hagelte Strafanzeigen.» Über zwei Jahre nach ihrer Veröffentlichung sorgte eine «Blick»-Meldung nochmals für Aufsehen. GastroSuisse-Vizepräsident Ernst Bachmann liess es sich nicht nehmen, an der Jahresmedienkonferenz des Wirtverbandes die zahlreich erschienenen Medienvertreter mit jenem Artikel zu konfrontieren. Dieser war kein Beleg für unsorgfältig arbeitende Beizer, sondern für blauäugige Journalisten, welche die Arbeitsweise der vielfach übertrieben pingeligen Lebensmittelkontrolleure nicht hinterfragten.

«Zwar führten 2009 46,8 Prozent aller Kontrollen im Kanton Zürich zu einer Beanstandung, aber nur bei 0,4 Prozent aller Kontrollen war die Lebensmittelsicherheit nicht gegeben», erklärte Bachmann, der auch Präsident von GastroZürich ist. Zu Beanstandung hätten bereits Haarrisse in Wandkacheln oder Zeitungen auf dem Garderobeschrank eines Mitarbeitenden geführt.

Gegen mittelalterlichen Pranger

Die kurze Medienschele hat einen ersten Hintergrund. GastroSuisse sieht sich bei der Revision des Lebensmittelgesetzes mit Vorschlägen konfrontiert, welche die Rahmenbedingungen des Gastgewerbes entscheidend verschlechtern würden. «Die Abschaffung der Schweigepflicht ist strikt abzulehnen. Wir wehren uns gegen einen mittelalterlichen Pranger für das Gastgewerbe», so Bachmann. Er rief in Erinnerung, dass die Beamten schon heute die Möglichkeit hätten, ein Restaurant bei grossen hygienischen Mängeln umgehend zu schliessen.

Viel wichtiger sei es, dass für Tätigkeiten im Gastgewerbe endlich minimale Hygienekenntnisse vorgeschrieben werden. «Das fordert Gastro-



«Wir wehren uns gegen einen mittelalterlichen Pranger für das Gastgewerbe», sagte GastroSuisse-Vizepräsident Ernst Bachmann (links).

Suisse schon lange, aber der Staat ist bisher untätig geblieben», so Lehmann.

Peruanische Arbeitsgesetze

Stattdessen soll beim Lebensmittelgesetz der bisherige Zweckartikel aufgeweicht werden. Neu soll der Staat die sachkundige Wahl des Konsumenten ermöglichen. «Diese Deklarationspflicht würde einen massiven administrativen Mehraufwand für das Gastgewerbe bedeuten. Ein Beizer müsste künftig auch über die sozialen Rahmenbedingungen am Produktionsort Auskunft geben können, wir müssten also zum Beispiel die peruanischen und bolivianischen Arbeitsgesetze auswendig lernen», erläuterte Ernst Bachmann.

Kein Freibier mehr

Sorgen bereitet GastroSuisse auch die Totalrevision des Alkoholgesetzes. «Mit der Prohibition wollte man den Konsum mit Verboten einschränken. Der Geist dieser vergangenen geglaubten Tage hat nun die Revision des Alkoholgesetzes ergriffen», erklärte Zentralpräsident Klaus Künzli. So soll

es dem Restaurateur neu untersagt werden, seinen Gästen zum Beispiel ein alkoholisches Getränk zu offerieren. «Ich sehe nicht ein, was schlecht darin ist, wenn ein Gastwirt einem guten Gast vor Weihnachten ein Glas Weisswein offeriert und schöne Festtage wünscht», so Künzli.

«Es scheint, als gebe es in der Verwaltung einen verstärkten Drang hin zur Regulierung und Normierung. Und nun soll, wenn es nach dem Willen des Nationalrats geht, auch noch ein Präventionsgesetz geschaffen werden», so der Zentralpräsident. Das sei ein Gesetz, das weitere unnötige Einschränkungen bringe und die Bürokratie noch mehr aufblähe. «Sobald es konkret wird, vergessen offenbar viele Politiker ihre Bekenntnisse zu einer liberaleren Wirtschaftsordnung und insbesondere zu einer Entlastung der KMU», mahnte Künzli.

Testkäufe mit Autoschlüsseln

Auch wehrt sich der Verband gegen die Testkäufe, bei denen Minderjährige versuchen, in Gastrobotrieben an Alkohol zu kommen. Ernst Bach-

mann erklärte: «Einerseits fehlt die rechtliche Basis. Andererseits werden die Jugendlichen für die Testkäufe regelrecht präpariert», zeigte der Vizepräsident auf und erzählte von einem Testbesuch in einem Betrieb, in dem es zuvor nie Beanstandungen gegeben hatte. «Dort legte ein jugendlicher Autoschlüssel auf den Tisch und bestellte beim Kellner ein Bier. Dieser beging den Fehler, seinem Gast zu vertrauen», so Bachmann. «Die Totalrevision ist als nicht zwingend nötig abzulehnen», folgerte er.

Ein Thema war an der Medienkonferenz auch die ungleich langen Spiesse von Gewerbe und Landwirtschaft. «Der Kampf um bessere Rahmenbedingungen für die KMU-Wirtschaft, gegenwärtig insbesondere gegenüber der Landwirtschaft, ist ein ständiges Thema», sagte Zentralpräsident Klaus Künzli. Die konkurrierenden Nebenbetriebe der Bauern führten zu äusserst stossenden Wettbewerbsverzerrungen. «Diese gilt es zu eliminieren», betonte er.

2010 ein Erfolgsjahr

Während die Branche an so vielen Fronten um vernünftige Rahmenbedingungen kämpfen muss, darf sie immerhin auf das Vertrauen ihrer Gäste zählen. «Herr und Frau Schweizer haben im vergangenen Jahr für Essen und Trinken ausser Haus über 26 Milliarden Schweizer Franken ausgegeben, rund 3,3 Milliarden mehr als im Vorjahr», erklärte Direktor Bernhard Kuster. Der Stellenwert der schnellen, preisgünstigen Verpflegung habe insbesondere bei den jüngsten Gästen weiter zugenommen, während die herkömmliche Gastronomie eine leichte Umsatzeinbusse verzeichnete. Doch es sei erfreulich, wie die Generationen über 25 Jahren der herkömmlichen Gastronomie nach wie vor die Treue hielten.

Matthias Engel

LINK

www.gastrosuisse.ch

PRÄVENTION – Neue Schulungen zum Verbot der Alkoholabgabe an Jugendliche.

Gemeinsam für mehr Jugendschutz

Zum Schutz der Jugend ist die Abgabe von Alkohol an unter 16-Jährige und die Abgabe von gebrannten Wassern an unter 18-Jährige heute gesetzlich verboten. Hintergrund für

das Abgabeverbot bildet die Tatsache, dass insbesondere Jugendliche sehr sensibel auf Alkohol reagieren. So können gerade Rausche die körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen.

Doch die Handhabung dieser Bestimmungen ist im hektischen Arbeitsalltag von Handel und Gastgewerbe nicht immer einfach. Trotz grosser Anstrengungen seitens der Branchenverbände wird das Abgabeverbot von Alkohol an Jugendliche unter 16 bzw. unter 18 Jahren darum noch nicht vollständig umgesetzt. Deshalb soll die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitenden in Verkauf und Service weiter verbessert werden. Das Gastgewerbe, der Detailhandel und die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) haben gemeinsam neue Ausbildungsunterlagen zum Alkoholabgabeverbot an Jugendliche erarbeitet mit dem Ziel, den Jugendschutz noch weiter zu verbessern. Vier fundierte und praxisnahe Schulungsmodule zeigen die Standards zum Abgabeverbot von alkoholischen Getränken an Jugendliche auf. Dabei

konnten die Erfahrungen mit den bereits bestehenden Ausbildungsmaterialien der Branche genutzt werden.

Vier neue Ausbildungsmodule

Die standardisierten Module in den Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch zeigen auf einfache, aber konkrete Weise auf, wie sich Mitarbeitende verhalten sollen, wenn Minderjährige versuchen, an alkoholische Getränke zu gelangen. Die Module richten sich sowohl an Führungs- und Ausbildungsverantwortliche als auch an die Mitarbeitenden und die Lernenden, die in direktem Kundenkontakt stehen.

GastroSuisse führt seit Jahren einen speziellen Kurs mit dem Titel «Alles im Griff?» durch. Laut einer Mitteilung des Verbands für Hotellerie und Restauration wurden bisher mehr als 1000 Personen geschult. Die neuen Ausbildungsmodule werden nun in die eigenen Schulungskurse integriert. Die Module werden für Interessierte kostenlos zugänglich gemacht. Sie können von der GastroSuisse-Website, von jener der Spirituosen-



Ausgelassen Partys feiern – am besten ohne ein Übermass an Alkohol für die Jugendlichen. Dafür setzt sich die Gastro-Branche ein.

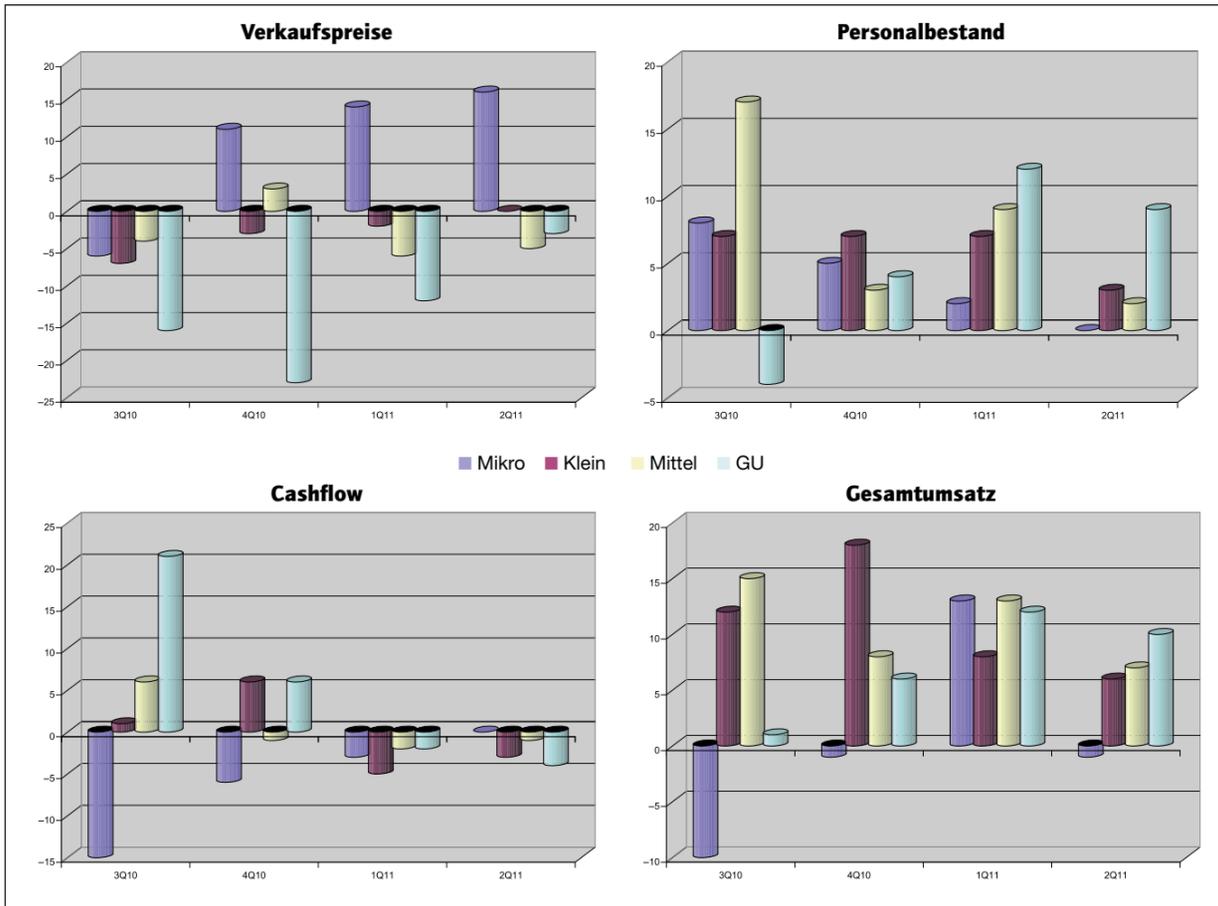
hersteller oder von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung heruntergeladen werden.

LINKS

www.gastrosuisse.ch
www.spiritsuisse.ch
www.eav.admin.ch

KMU-KONJUNKTURBAROMETER – Kleine und mittlere Unternehmen haben im ersten Quartal ihre Umsätze erhöht und erwarten im laufenden Quartal eine weitere Steigerung. Das verbesserte Wirtschaftsklima äussert sich auch in einer Beschäftigungszunahme.

Höhere Umsätze bei den KMU



Laut einer Umfrage, die UBS vierteljährlich bei rund 500 Unternehmen in der Schweiz durchführt, haben sich die Verkaufspreise und Cashflows der kleinen und mittleren Unternehmen im ersten Quartal stabilisiert. Die Beschäftigung stieg noch etwas an, im zweiten Quartal erwarten die KMU allerdings auch hier keine Veränderung. Sowohl die KMU wie auch die Grossunternehmen konnten ihre Umsätze steigern, Letztere etwas ausgeprägter. Das Geschäftsklima, das auf den Umfrageergebnissen der Industrieunternehmen beruht, hat sich im ersten Quartal bei den Grossunternehmen stärker verbessert als bei den KMU. Beide sind

jedoch weiterhin zuversichtlich und erwarten im zweiten Quartal dieses Jahres eine weitere Verbesserung. Die KMU in der Industrie steigerten zwar ihre Umsätze im ersten Quartal, aber in geringerem Umfang als die Grossunternehmen. Dieser Trend wird sich laut den Erwartungen auch im laufenden Quartal fortsetzen. Die KMU konnten aber im Gegensatz zu den Grossunternehmen ihre Verkaufspreise im gleichen Zeitraum stabilisieren. Die Beschäftigung hat in den ersten drei Monaten des Jahres 2011 bei beiden Unternehmensgruppen etwa in gleichem Umfang zugenommen. Doch im laufenden Quartal dürfte das Bild wieder unterschied-

lich aussehen: Beim Cashflow erwarten die KMU nach einer Stagnation im ersten Quartal eine Zunahme im zweiten Quartal.

Starker Preiseinbruch bei Grossen im Bau

Im Baugewerbe ist der Boden bei den Verkaufspreisen immer noch nicht erreicht. Im ersten Quartal mussten sowohl die KMU wie auch die Grossunternehmen ihre Preise senken, wobei der Einbruch bei den Grossunternehmen wesentlich stärker ausfiel. Dieser Unterschied widerspiegelt sich aber nicht im Gewinn. Die Gewinne der KMU haben sich verschlechtert, während sie bei den Grossunterneh-

men stabil geblieben sind. Ähnlich verhält es sich beim Cashflow. Für das laufende Quartal sind die Grossunternehmen sowohl beim Gewinn wie auch beim Cashflow pessimistischer und rechnen mit ähnlichen Verschlechterungen wie die KMU. Im Tourismus leiden die Grossunternehmen wesentlich stärker als die KMU. Während die Umsätze, Gewinne und Cashflows der Grossunternehmen im ersten Quartal massiv einbrachen, vermeldeten die KMU eine Stabilisierung. Bei den Verkaufspreisen und der Beschäftigung sind keine Unterschiede zwischen den Unternehmensgruppen festzustellen: Die Verkaufspreise haben sich auf Vorjahresniveau stabilisiert, und die Beschäftigung ging leicht zurück.

Gute Aussichten für Dienstleistungssektor

Im Dienstleistungssektor geht es weiter aufwärts. Bei beiden Unternehmensgruppen haben sich im ersten Quartal 2011 alle Indikatoren verbessert, mit Ausnahme der stabil gebliebenen Verkaufspreise bei den KMU. Es sind jedoch wieder kleine Unterschiede zwischen den Grossunternehmen und KMU zu beobachten. Die Grossunternehmen haben ihren Umsatz in den ersten drei Monaten stärker steigern können; gemäss den Erwartungen wird sich dieser Trend fortsetzen. Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Cashflow, wo die Grossunternehmen besser abgeschnitten haben als die KMU. Im laufenden Quartal erwarten die Unternehmen ein umgekehrtes Bild; die Grossunternehmen dürften ihren Cashflow nur noch stabilisieren können. Auch im Detailhandel haben die Grossunternehmen wesentlich mehr zu kämpfen als die klein- und mittelgrossen Unternehmen. Ausser bei der Beschäftigung, die sich stabilisiert hat, haben die Grossunternehmen bei allen Indikatoren eine Verschlechterung erfahren. Auch bei den KMU sind die Verkaufspreise, die Gewinne und der Cashflow in den ersten drei Monaten eingebrochen, allerdings in geringerem Ausmass als bei den Grossunternehmen.

Es fehlt an Fachkräften

Der Fachkräftemangel wird weiterhin als Problem angesehen. So be-

KOMMENTAR

Höhere Zinsen?



Die gute Nachricht: Einmal mehr haben die KMU ihre Umsätze erhöhen und ihre Preise festigen können; auch neue Jobs wurden kreiert. Dank der tiefen Zinse, dem weltwirtschaftlichen Aufschwung und dem Handel mit Asien bleibt das Wirtschaftsklima in der Schweiz gut.

Die weniger gute Nachricht: Nicht alle Branchen profitieren. In der Baubranche kam es erneut zu massiven Preissenkungen, welche sich negativ auf die Gewinne der KMU auswirkten. Kaum eine Branche hat die Auftragsbücher so voll, in kaum einer Branche gehen die Margen so stark zurück. Die weitere Selbst-Kannibalisierung der Branche schadet aber vor allem den KMU, denn die grossen Unternehmen können – dank ihrer Struktur – trotz Preisnachlässen ihre Gewinne halten. Nicht so die Kleinen und Mittleren.

Das Fragezeichen: Erhöht die Nationalbank die Zinsen? Die wahrscheinlichste Antwort dafür ist «ja». Da die Schweiz im Moment stärker als üblich wächst, aber auch einen stärkeren Anstieg des allgemeinen Preisniveaus verzeichnet, wird die Nationalbank die Zinssätze wieder normalisieren. D.h. das Ende der Periode der günstigen Geldpolitik einleiten. Den ersten Schritt hat die Europäische Zentralbank bereits gemacht. *Henrique Schneider*

kunden sowohl die kleinen wie auch die grossen Unternehmen mehr Mühe als vor drei Jahren, qualifizierte Mitarbeitende zu finden. Im Detailhandel und im Tourismus ist dies bei den KMU weniger stark ausgeprägt als bei den Grossunternehmen. Im Tourismus fehlen zurzeit etwa gleich viele Fachkräfte wie vor dem Ausbruch der Finanzkrise.

INTERVIEW – Daniel Kalt, Chefökonom Schweiz, UBS

Höhere Umsätze bei den KMU

Gewerbezeitung: Viele Schweizer Exporteure leiden unter dem starken Schweizer Franken. Wie sehen Sie die Entwicklung des Frankens in den kommenden Monaten?

■ **Daniel Kalt:** Wir sehen asymmetrische Risiken. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich der Franken abschwächen. Die Abwertung dürfte aber relativ gering ausfallen, weil die Nationalbank jeglichen Spielraum von der Wechselkursseite her ausnützen wird, um die Zinsen zu erhöhen. Wir erkennen nur ein kleines Risiko, dass sich der Franken noch weiter aufwertet. In diesem Falle könnte aber die Aufwertung relativ scharf ausfallen, wie beispielsweise letzten Dezember, als illiquide Märkte zu Panikkäufen von Franken führten. Wir empfehlen daher allen Unternehmern, die von einer solchen Aufwertung negativ betroffen wären, sich mit Versicherungslösungen dagegen zu schützen.

Trotz des starken Frankens wird erwartet, dass die Schweizerische Nationalbank im Sommer oder



Daniel Kalt ist Chefökonom Schweiz bei UBS.

Herbst die Zinsen anheben wird. Wird das die Kredite verteuern?

■ Ja, die Erhöhung des Leitzinssatzes wird die Kredite voraussichtlich verteuern. Diese Verteuerung wirkt sich direkt auf die Kredite mit kurzen Laufzeiten aus, die eng an den geldpolitischen Leitzinssatz gekoppelt sind. Allerdings droht auch ein Zinsanstieg bei den Krediten mit längeren Laufzeiten, da diese sich oft gleichgerichtet mit

den kurzfristigen Sätzen bewegen. Diese Effekte sind von der Nationalbank beabsichtigt, um die Wirtschaft auf einem nachhaltigen Pfad zu halten.

Die Schweizer Wirtschaft wächst im Moment trotz der starken Währung weit über dem langjährigen Schnitt. Auf was ist dieses hohe Wirtschaftswachstum zurückzuführen?

■ Konjunkturell ist der Aufschwung in der Schweiz mit den tiefen Zinsen und dem weltwirtschaftlichen Aufschwung, insbesondere in Asien und den BRIC-Staaten, zu erklären. Diesen aufstrebenden Volkswirtschaften ist es auch zu verdanken, dass die Schweizer Exporte trotz des starken Frankens zunehmen. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU hat das Wirtschaftswachstum in der Schweiz zudem strukturell erhöht. Rund die Hälfte der neugeschaffenen Stellen wurden in den letzten Jahren durch Ausländer besetzt – nur dank der Liberalisierung des Arbeitsmarktes kann die Schweizer Wirtschaft dermassen rasch wachsen.



Im Baugewerbe ist der Boden bei den Verkaufspreisen immer noch nicht erreicht.

VERKEHRSPOLITIK – Ein von der Alpen-Initiative bestelltes Gutachten behauptet es gäbe nur noch ein Viertel der heutigen Staus, wenn Lastwagen aus dem Gotthardtunnel verbannt würden. Eine Illusion, findet der sgv.

Zurück in die Zeit der Postkutschen?



Für den Tourismus hervorragend geeignet – für den täglichen Warentransport wohl eher weniger. Historische Postkutsche am Gotthardpass.

BERUFSMATURITÄT SOZIALES – Savoiresocial, die Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales, strebt ein eigenständiges Profil «Berufsmaturität Soziale Arbeit» an.

Ziel lautet: Profil

Das Profil der gegenwärtigen Berufsmaturität gesundheitlich-sozialer Richtung stammt aus der Zeit des Übergangs der Berufe der Sozial- und Gesundheitsbereiche von der kantonalen Regelungshoheit zu jener des Bundes. In der Folge entstanden in beiden Branchen gesamtschweizerische Organisationen der Arbeitswelt und neue Ausbildungen in der beruflichen Grundbildung, der Höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen. Die neuen Berufe erleben einen wahren Ansturm. Das Bundesamt für Statistik rechnet für die mittelfristige Zukunft mit einer weiterhin steigenden Nachfrage.

Der strukturelle Wandel und die quantitative Entwicklung in diesen Berufen war, als das Projekt neue Berufsmaturitätsordnung und neue Rahmenlehrpläne initiiert wurde, noch wenig bewusst. Das erklärt vermutlich, weshalb «Soziales» und «Gesundheit» stets im Duopak und ohne vertiefte Analyse der erforderlichen branchenspezifischen Ausbildungsinhalte behandelt wurde. Kürzlich hat sich nun Savoiresocial, die Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales, mit einer klaren Stellungnahme an den Bund gewandt. Gleich wie bei der Gewerblichen Berufsmaturität und den Bereichen Architektur, Bau und Planung sowie Chemie und Life Sciences zeigen das BBT und die EDK wenig Bereitschaft, eine geordnete Diskussion mit allen Beteiligten über die berechtigten Anliegen der Sozialbranche sowie dem Fachbereich Soziale Arbeit der FH zuzulassen.

Einmalige Chance

Für den Sozialbereich ist die Erarbeitung des Rahmenlehrplans Berufsmaturität von grosser grundsätzlicher Bedeutung. Es bietet sich aktuell die einmalige Chance, einen zukunfts- und tragfähigen Rahmenlehrplan zu erarbeiten, der im Interesse der Branche und im Interesse des Studienbereichs Soziale Arbeit der Fachhochschulen Schweiz ist. Nur wenn es gelingen wird, eine für den Sozialbereich attraktive und zeitgemässe Berufsmaturität zu erarbeiten, können auch in Zukunft talentierte Schulabgänger/innen für die berufliche Grundbildung im Sozialbereich gewonnen werden. Für Savoiresocial ist die konsequente Ausrichtung des Schwerpunktber

ches auf die Anforderungen des Studienbereichs Soziale Arbeit der Fachhochschulen ein absolutes Muss. In Anlehnung an die Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität vom 24. Juni 2009 fordert Savoiresocial, dass – wie in Artikel 9 der entsprechenden Verordnung festgehalten – der Schwerpunktbereich der Vertiefung und Erweiterung des Wissens und der Kenntnisse im Hinblick auf das Studium in einem dem Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung verwandten Studium der Fachhochschulen dient. Gemäss der von der Steuergruppe am 9. Dezember 2010 verabschiedeten Lektionen-Tabelle ist dies bei der Sozialen Arbeit nicht der Fall. Dass man aus rein organisatorischen Gründen von diesem zentralen Grundsatz der Verordnung vorzeitig abweicht, ist für Savoiresocial inakzeptabel. Vom fachlichen Standpunkt aus gesehen, ist klar: Die Naturwissenschaften sind mit Blick auf die FH-Studiengänge Soziale Arbeit bedeutungslos und haben daher im Schwerpunktbereich nichts zu suchen. Savoiresocial erwartet daher, dass im Schwerpunktbereich das Fach Naturwissenschaften durch das Fach Wirtschaft und Recht ersetzt wird. Konsequenterweise führt diese Änderung im Ergänzungsbereich dazu, dass dort das Fach Wirtschaft und Recht durch das Fach Technik und Umwelt ersetzt wird. So erhalten die Naturwissenschaften ihren mit Blick auf eine gute Allgemeinbildung gebührenden Platz.

Angebot und Nachfrage

Der Vorstand von Savoiresocial hat im November 2010 – in Absprache mit der SASSA, der Konferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz – beschlossen, eine eigenständige Berufsmaturität Soziale Arbeit anzustreben. Ein eigenständiges Profil gilt als eines der Puzzleteile für eine klare Positionierung der Berufsmaturität innerhalb der Sozialbranche und damit für die weitergehende Professionalisierung und die Stärkung des Sozialbereichs. Savoiresocial ist überzeugt: Das Angebot bestimmt auch die Nachfrage!

Karin Fehr,

Geschäftsleiterin Savoiresocial

LINKS

www.savoiresocial.ch
www.sassa.ch

Mit einem Parteigutachten will die Alpen-Initiative beweisen, dass sich drei Viertel der Staus am Gotthard vermeiden liessen, wenn ein Lastwagenfahrverbot im Gotthardtunnel erlassen würde. So weit, so alt. Der Vorschlag ist nicht neu – und der Versuch, die erwünschte Lösung wissenschaftlich untermauern zu lassen, ebenfalls nicht. Und trotzdem geht die Sache nicht auf. Die vorgeschlagene rollende Landstrasse über die NEAT-Tunnels ist illusorisch.

Nicht nur die Lastwagenunternehmer und -fahrer fragen sich heute, wann endlich damit aufgehört wird, sie als Sündenböcke und Umweltschädlinge darzustellen. Denn schliesslich ist spätestens seit der Reise des Umwelt-Schöngeists alt Bundesrat Moritz Leuenberger im «Klimazug» nach Kopenhagen vom Dezember 2009 bekannt, dass der Zug bei weitem nicht das umweltfreundlichste Transportmittel ist. Wäre Leuenberger damals mit seiner Entourage mit dem Car gereist, wäre viel weniger CO₂ ausgestossen worden...

Entscheidende Vorteile des Strassentransports

Der Strassentransport hat gegenüber der Schiene entscheidende qualitative Vorteile: Schnelligkeit, Flexibilität, Pünktlichkeit, Planbarkeit, Zuverlässigkeit gehören dazu. Es sind diese Elemente, die bei der Wahl des Transportmittels letztlich den Ausschlag geben, und nicht primär der Preis. Eine gänzliche Sperrung des Gotthardtunnels für Lastwagen und die gleichzeitige Errichtung einer rollenden Landstrasse kommen den Kundenbedürfnissen im Inland, aber auch im europäischen Ausland nicht entgegen. Und: Moderne Logistik jedoch verläuft nicht nach ideologischem Fahrplan – sie richtet sich schlicht nach den Kundenbedürfnissen. Eine rollende Landstrasse ist deshalb illusorisch und gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz im Allgemeinen und die Volkswirtschaften der Kantone Uri und Tessin sowie deren Nachbarn im Speziellen.

Das Fahrverbot im Gotthard wäre daher in der Hauptsache ein Verbot, Güter von Nord nach Süd zu transportieren. Der nächste Schritt wäre dann ein Lastwagenfahrverbot zwischen Bern und Zürich, um Staus zu vermeiden. Für den Schweizerischen Gewerbeverband sgv gibt es nur eine gangbare Alternative, und das ist der kostenneutrale, verursachergerechte Ausbau und Erhalt unserer lebensnotwendigen Infrastrukturen. Dazu gehört die Schiene, aber eben auch die Strasse, z.B. die zweite Gotthardröhre. Dann ist auch der Stau beseitigt.

Unverzichtbar und praktisch

Der sgv fordert die Umweltfanatiker auf, den Realitäten ins Auge zu sehen und den Strassentransport als das zu nehmen, was er ist: Eine unverzichtbare und zudem praktische Einrichtung. Oder möchten sie vielleicht gar keine frischen Lebensmittel mehr einkaufen und auf Kühlschränke und andere lebenswichtigen Maschinen verzichten? Tatsache ist: Der Löwenanteil dieser Güter wird in der Feinverteilung gezwungenermassen mit dem Lastwagen geliefert. Und oft eben auch von Nord nach Süd und umgekehrt – und eben auch durch den Gotthardtunnel...

Zuletzt noch ein Wort zu den Kosten. Die Schiene wird zu einem beträchtlichen Teil von den Lastwagen finanziert. Die Strasse bezahlt zu grossen Teilen die Bahn. Aus LSVA-Erträgen und Mineralölerträgen fliesen jährlich rund zwei Milliarden in die Schiene. Statt ständigen Verbotsdrohungen wäre somit für einmal Dankbarkeit angebracht – gerade auch bei der Alpen-Initiative. Deren Exponenten müssen sich fragen lassen, ob sie tatsächlich einen gänzlich verkehrsfreien Gotthardtunnel zum Ziel haben. Denn dann wären wir bald wieder zurück im Zeitalter der Postkutsche.

Patrik Kneubühl

ANZEIGE

MEINE CHANCE **WIR** Bank

FINANZIEREN
ZU TOP-KONDITIONEN

WIR-Kredite zu 1%

www.wirbank.ch
Telefon 0848 947 947

VARAZZE – Die Casa Henry Dunant am Ligurischen Meer geht in eine weitere erfolgreiche Saison.

Reservieren Sie Ligurien – jetzt

Seit März ist die Prachtvilla an der Riviera di Ponente mit dem atemberaubenden Blick auf das Ligurische Meer wieder offen. Wer sich einen der begehrten Plätze sichern will, sollte sich beeilen und demnächst buchen. Freie Termine finden Sie auf dieser Seite.

Die Casa Henry Dunant, wunderschön gelegen in Varazze an der Küste Liguriens, ist das Geschenk des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv an die Schweizer Berufsjugend. Das Idyll im nahen Italien – erreichbar ab Bern in rund 450 Kilometern – hat sich zunehmend auch für die Durchführung von Seminaren etabliert.

Auch Sportbegeisterte haben die «Casa» längst entdeckt. Den «Casa»-Gästen steht in der nahen Umgebung der Villa (zwischen Varazze und Cogoleto) sowohl ein Hallen- als auch ein

Aussenplatz (Sand) fürs Tennisspiel zur Verfügung. Der Platz bietet eine einmalige Gelegenheit, in einer traumhaften Umgebung eine gute Form aufzubauen. Und das zu unschlagbar günstigen Konditionen. Aber auch den Radbegeisterten bietet «Varazze» beste Möglichkeiten: In der Umgebung gibt es jede Menge toller Radstrecken in verschiedenen Schwierigkeitsgraden. Nicht von ungefähr ist Varazze immer wieder Etappenort des Giro d'Italia...

Jede Menge guter Gründe

An guten Gründen, in der «Casa» in Varazze Projektwochen und Seminare durchzuführen oder aber auch nur eine Erholungsphase einzuschalten, fehlt es nicht.

■ einmaliges Ambiente an der ligurischen Küste;



- zweckmässige Schulungsräume;
- Casa und Park zum Verlieben;
- hervorragende italienisch-schweizerische Küche;
- nordisch schlafen in Mehrbettzimmern (rollstuhlgängig);
- optimale Betreuung durch die Herbergsleitung;
- eigener Badestrand;
- faire Pensionspreise.

Überraschen Sie Ihre Familie

Damit nicht genug: Überraschen Sie doch Ihre Familie oder Ihre Freunde mit einem kurzfristig geplanten Aufenthalt am Ligurischen Meer. Verbinden Sie Ihre Ferien mit einem Besuch im nahe gelegenen Savona (wichtigster Umschlagshafen für Bananen) oder im 25 Kilometer entfernten Genua zum Shopping, zum Museums-

bummel oder zum Besuch des grössten Aquariums in Europa. Oder besuchen Sie – an der gegenüberliegenden Riviera di Levante gelegen – das atemberaubend schöne Städtchen Camogli, rund 20 Kilometer südlich von Genua.

«Zu Hause» in Varazze spazieren Sie auf dem Fussgängerweg dem Meer entlang ins Städtchen. Erkunden Sie die Casa und deren Umgebung für einen Ihrer nächsten Geschäftsanlässe (Ausflug, Seminar usw.) und lassen Sie sich vom Küchenchef aus seiner neuen Küche kulinarisch verwöhnen! Bei einer raschen Buchung sichern Sie sich das für Sie schönste Zimmer!

Für weitere Infos/Fotos besuchen Sie unsere Homepage www.varazze.ch oder wenden Sie sich an die Stiftung

FREIE TERMINE 2011

Woche	von	bis	Freie Plätze
19	8.5.	13.5.	10
20	14.5.	22.5.	30
*22	28.5.	4.6.	15
23	5.6.	11.6.	65
25	19.6.	25.6.	15
32	7.8.	13.8.	20
35	28.8.	3.9.	65
36	4.9.	10.9.	40
38	18.9.	24.9.	15
42	16.10.	22.10.	15
43	23.10.	27.10.	65

*Auffahrt Donnerstag 2.6.

Wichtig: für Einzelpersonen oder Familien gibt es evtl. eine Möglichkeit, auch ausserhalb der freien Termine ein Zimmer zu reservieren! Die freien Termine werden laufend aktualisiert.

Infos: www.varazze.ch

Casa Henry Dunant, Urs Wyler, Geschäftsführer, Schwarztorstr. 26, Postfach, 3001 Bern, Telefon 031 380 14 10; Fax: 031 380 14 15; Mail: stiftung.casa@varazze.ch

UNTERNEHMENSFÜHRUNG – Autor Gary Friedman empfiehlt KMU-Chefs, die Grundsätze von «basic leadership» zu beachten.

«Die Zukunft beginnt heute»

In seinem Buch «Die Zukunft beginnt heute» richtet sich Gary Friedman gezielt an KMU: Auf Grund von einfachen und nachvollziehbaren Informationen sollen sie ihren Erfolg nachhaltig sichern. Unternehmen sollen ihre Flexibilität als Stärke nutzen. BWL-Publikationen sind in der Regel für eine sehr beschränkte Klientel bestimmt. Friedmans Buch ist an jene 90 Prozent der Unternehmen gerichtet, die mit der traditionellen Betriebswirtschaftslehre wenig anfangen können. «Basic Leadership» ist laut dem Autor «eine praxisnahe, sichere Grundlage für die Führung von KMU. Damit ist auch der Einmannbetrieb, der Gewerbler, der Techniker, der Arzt, der Kaufmann gemeint, jeder, der sich nicht vorwiegend als «Manager» sieht, sondern sich als Unternehmer/Geschäftsführer versteht, für den der Erfolg eine ganz persönliche Note hat, weil er sein Lebenswerk und seine Existenz betrifft.»

Zweite Chance

Die von Friedman entwickelte Methode «basic leadership» wurde in den letzten gut zwei Jahrzehnten, damals noch unter dem Namen PECOPP, hundertfach in Unternehmen eingeführt, die ihren nachhaltigen Erfolg dieser Methode zuschreiben. Darunter zahlreiche Firmen, die am Rand des Abgrunds standen. Friedman erklärt sich diesen Erfolg so: «PECOPP steht für «Prospective Evaluation of Credibility based on Present Performance», was sich mit «zukunftsbezogene Beurteilung der Kreditfähigkeit anhand der Gegenwartsleistungen» übersetzen lässt. Im Zentrum der Methode steht die Überzeugung, dass man die Zukunftsfähigkeit einer Firma nicht anhand der Vergangenheitszahlen, sondern der Gegenwart beurteilen soll. Damit sind die Weichen gestellt. Wir setzen uns für jedes angeschlagene Unternehmen ein, welches als Folge der aus der Vergangenheit mitgetragenen Schulden, die wir

als «Altlastenrucksack» bezeichnen, zum Untergang verurteilt ist. Das Unternehmen bekommt durch PECOPP eine zweite Chance.» «basic leadership» ist die logische Folge. Hier geht es nicht primär um die Rettung in Not geratener Unternehmen, sondern um die systematische Implementierung des Gedankenguts und der Methodik, um Situationen zu vermeiden, durch welche eine Firma zu Schaden kommt. Bei «basic leadership» lautet die Devise: Das Unternehmen nachhaltig erfolgreich führen. «Nachhaltig heisst eben nicht nur bei Sonnenschein, sondern auch in stürmischen Gewässern», erläutert Friedman.

Führen als ständiger Entscheidungsprozess

Führen ist in den Augen des Autors ein permanenter Entscheidungsprozess ist. «Einer der wichtigsten Grundsätze von «basic leadership» ist die Einfachheit und Nachvollziehbarkeit der Information. Will man die Entscheidung nicht dem Zufall überlassen, so ist die Nachvollziehbarkeit der Information für den Entscheidungsträger erstrangig.» Grossfirmen haben Informationsstrukturen, die ihrer Grösse und Organisation entsprechen. Es sind meistens massgeschneiderte Lösungen, die sich eine kleine Firma nicht leisten kann. Will ein KMU seine Vorteile als kleines und flexibles Gebilde nutzen, dann darf es diese Methoden nicht übernehmen. «Es sind die Schuhe des Grossen; ein KMU würde darin stolpern.» «basic leadership» gestaltet den Informationsfluss unter Berücksichtigung dieser Prämissen. Friedman nennt es «das unternehmerische Armaturenbrett». «Um erfolgreich ein Unternehmen zu führen, sind wenige Informationen nötig. Überinformation ist verwirrend. Zudem lassen sich die meisten Informationsflüsse systematisieren, da sie für alle Unternehmen die gleichen Prioritäten haben.»

Ergebnisse zählen, nicht Rechtfertigungen

«Die Zukunft beginnt heute» ist für Friedman «die logische Fortsetzung der bereits der PECOPP-Methode zugrunde liegenden Philosophie, wonach für die Zukunft des Unternehmens nicht das entscheidend ist, was gewesen ist, sondern das, was in der Gegenwart geschieht». Der Autor bezeichnet «basic leadership» als ergebnisorientierte Führung. «Wenn Sie beobachten, wie viel Energien mit Rechtfertigungen vergeudet wer-

den, wo gleichzeitig ein Ergebnis vorliegt, an dem nicht gerüttelt werden kann, dann fragen Sie sich: Wovon wird hier eigentlich debattiert? Rechtfertigungen ändern nichts am Ergebnis und sind überflüssig. Was es immer braucht, ist eine objektive Analyse des Ergebnisses und eine daraus resultierende neue Zielsetzung.»

LINK

www.basic-akademie.com



«Mit «basic leadership» erhält der Unternehmer eine Methode, mit der er seine Stärken besser nutzen kann»: Autor Gary Friedman.

BUCHTIPP

Gary Friedman, «Die Zukunft beginnt heute» – Unternehmensführung im KMU. 270 Seiten, gebunden. CHF 78.– plus Porto.

Gary Friedman

Die Zukunft beginnt heute

basic leadership Unternehmensführung im KMU

sgv usam

Ein Buch für KMU – nicht über KMU!

Dieses Buch gibt dem Unternehmer ein überschaubares Instrument um sein Unternehmen zum Erfolg zu steuern.

BESTELLTALON

Wir bestellen ___ Exemplare von «Die Zukunft beginnt heute» gegen Rechnung

Firma _____

Name _____

Vorname _____

E-Mail _____

Strasse/Nr. _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Einsenden an:
Schweizerischer Gewerbeverband sgv,
Schwarztorstrasse 26,
Postfach, CH-3001 Bern
Telefon: 031 380 14 14
Fax: 031 380 14 15
E-Mail: info@sgv-usam.ch

Budget-Software vom Internet herunterladbar

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION – Studien und Umfragen belegen die zunehmende Bedeutung von Social Media für Schweizer Firmen. Das Interesse steigt, der Respekt vor den Risiken aber bleibt.

Social Media: Eine Chance für KMU



Wer sein Unternehmen in den Social Media präsentieren will, tut gut daran, eine zielführende Strategie zu definieren und sich ein durchdachtes Konzept zurechtzulegen. Andernfalls droht eine Verzettlung der Kräfte.

Noch vor nicht allzu langer Zeit war die Medienlandschaft überschaubar. Unternehmen arbeiteten mit lokalen, regionalen oder nationalen Zeitungen, vielleicht auch Radio und Fernsehen zusammen, um ihre Informationen zu transportieren. Intern wurden die Angestellten mit Mitarbeiterzeitung, Anschlagbrett und an Veranstaltungen informiert. Später kamen Lokalradios und Lokal-TV dazu, ehe in den 1990er-Jahren mit dem Internet die Informationsrevolution begann.

Vorbehalte gegen «Mitmach-Web»

Die damalige Skepsis gegenüber dem Internet ist mit den heutigen Vorbehalten gegenüber dem «Mitmach-Web 2.0» und Social Media vergleichbar. Während die Arbeit mit dem World Wide Web heute selbstverständlich ist, bereitet der Umgang mit der Vielfalt digitaler Medien und Technologien, die ohne grossen Aufwand eine globale Präsenz und Nutzern die Fähigkeit zum gegenseitigen Austausch ermöglichen, häufig noch Kopfzerbrechen.

Facebook, Twitter, Xing, Flickr oder YouTube heissen die Schlagworte, mit denen sich auch Schweizer Firmen auseinandersetzen müssen, und dies – zumindest die grössten – auch tun. Darauf lassen die Ergebnisse der von Bernet_PR mit Barbara Kunert realisierten «Social Media Studie Schweiz» schliessen, deren Resultate im März veröffentlicht wurden. Die wichtigsten Resultate:

■ 62 Prozent der grössten Schweizer Unternehmen pflegen aktiv Social-Media-Auftritte.

■ Am stärksten ist der Einsatz von Facebook; diese Plattform liegt mit 45 Prozent der Mehrfachnennungen weit vor YouTube, Twitter und Corporate Blogs.

■ Im internationalen Vergleich liegt das schweizerische Social-Media-Engagement etwa gleich hoch wie in Deutschland, jedoch klar unter den weltweiten Zahlen.

■ Der Einsatz der Social-Media-Kanäle erfolgt nur in 22 Prozent der befragten Unternehmen nach einer Strategie und nur 30 Prozent verfügen über Mitarbeiter-Richtlinien für den Einsatz dieser Instrumente.

■ Die wichtigsten drei Ziele beim Einsatz von Social Media sind mehr Dialog, Markenpflege als Arbeitgeber und generelle Image-/Reputationspflege.

■ Als grösste Gefahren werden Kontrollverlust, hoher Aufwand, Gefahr von Indiskretionen und öffentliche Kritik genannt.

Zu ähnlichen Resultaten kommt eine Studie der PR-Consulter Temmel, Seywald & Partner, für die 86 Konzerne in Deutschland, Österreich und der Schweiz befragt wurden. Demnach nutzen sechs von zehn der befragten Unternehmen aktiv Social Media, ebenso viele werten diese Kommunikationstools als wichtig für ihre Unternehmenskommunikation (63 Prozent). Die Firmen nutzen Social-Media-Plattformen derzeit aber vor allem für die Marktforschung. Noch wenig halten die Studienteilnehmer von Social Media für Investor Relations (31 Prozent) und interne Kommunikation (40 Prozent). Den grössten Einsatz finden soziale Netzwerke bei Customer Relations (70 Prozent) und Produktwerbung (65 Prozent). Auch der zeitnahe und direkte Kontakt mit den Kunden wird als wichtig eingeschätzt.

Wenig Budget und Personal

Die befragten Firmen bekunden zwar ein relativ hohes Interesse an Social Media, doch das spiegelt sich kaum auf der personellen Ebene wieder. Mehr als ein Drittel hat kein Budget für die Social-Media-Aktivitäten. 32 Prozent geben wenig Geld für Social Media aus. Der Einsatz von Social-Media-Werkzeugen auf den firmeneigenen Websites ist denn auch bescheiden. Für den Dialog werden vor allem Kontaktformulare, E-Mail-Adressen und Newsletter ein-

gesetzt. Etwas mehr als die Hälfte platzieren Videos und betreiben RSS-Feeds.

Firmen in der Zwickmühle

Die Zahlen belegen: Viele Unternehmen stecken in der Zwickmühle. Sie registrieren, dass Social Media keine Modeerscheinung sind, sondern in der Unternehmenskommunikation, bei Marketing und Vertrieb, Kundenservice oder Human Resources ganz neue Perspektiven eröffnen. Mehr Kundennähe, sichtbare Präsenz und Reichweite will man sich nicht entgehen lassen.

Die grossen Investitionen fliessen aber noch nicht, Vorbehalte bleiben. Unternehmen fürchten einen möglichen Kontrollverlust und den hohen Aufwand, aber auch die Angst vor Indiskretion und öffentlicher Kritik besteht, wie der Social-Media-Studie Schweiz zu entnehmen ist. Wenig Optimismus herrscht auch hinsichtlich Kosten und Nutzen: Nur gerade 17 Prozent erwarten einen positiven Saldo.

Risiken bestehen

Die Vorbehalte sind nicht unbegründet. Mit der Kommunikation in Social Media gehen Unternehmen Risiken ein. Ohne klares Konzept droht man sich zu verzetteln. Negativ wirkt sich aus, wenn die Informationen und Feedbacks nicht schnell genug und ausreichend verarbeitet und ausgewertet werden. Informationen können in den Social Media eine unkontrollierbare Eigendynamik entwickeln. Eine falsche Information, ein falsches Foto und schon ist das Image möglicherweise nachhaltig geschädigt. Und was geschieht, wenn nicht alle Mitarbeitenden sich nach einer klar definierten Kommunikationsstrategie verhalten?

Doch es bestehen eben auch Risiken, wenn man aussen vor steht. Es droht ein Verlust an Relevanz im Internet und den entsprechenden Auswirkungen auf das Marketing. Die unmittelbare Information in den Social Media bietet eine einmalige Gelegenheit zur schnellen Reaktion in kritischen Situationen – wenn man mit von der Partie ist. Und auch der direkte Kontakt zu den Kunden und deren Bedürfnissen schwindet, weil diese sich zunehmend im sozialen Netz tummeln.

Herausforderung für KMU

Für KMU mit beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen sind Social Media eine ganz beson-

dere Herausforderung. Es lohnt sich, Schritt für Schritt vorzugehen und übereilte Aktionen zu vermeiden. Es gilt, die Ziele zu formulieren, den Einsatz der Ressourcen abzuklären und zu ermitteln, auf welchen Plattformen sich die potenziellen Interessensgruppen aufhalten. Im Zentrum der Online-Aktivitäten steht immer noch die Unternehmens-Website mit Information und Aktualität. Von hier aus kann der Ausbau mit der Schaffung von Dialogmöglichkeiten und allenfalls der späteren Produktion von zusätzlichen Text-, Video-, Bild- oder Ton-Inhalten erfolgen.

Aber auch ohne Multimedia-Inhalte ist der anschliessende Schritt zu Plattformen wie Facebook möglich, wenn man die Ressourcen hat, den täglichen Check auf der Seite zu gewährleisten, allfällige neue Inhalte zu platzieren, Wissen und Mehrwert zu vermitteln sowie Website und Social-Media-Präsenz zu koordinieren. Mit den Erfahrungswerten lassen sich dann schrittweise weitere Auftritte auf anderen Plattformen realisieren.

Content als Schlüsselfaktor

Eine Inhaltsstrategie ist unabdingbar, denn regelmässige Beiträge und vertrauenswürdige Neuigkeiten sind die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Social-Media-Aktivität. Zu diesem Schluss kommt auch eine Studie der World Federation of Advertisers. Die Studie untersuchte, welchen Wert Aktivitäten im Bereich Social Media für Verbraucher und Werbetreibende haben und was diese beiden Gruppen vom Social-Media-Engagement von Marken erwarten. Die wichtigsten Grunderwartungen der Verbraucher an Fansseiten sind: regelmässige Beiträge, vertrauenswürdige Neuigkeiten, Informationen zu Produktneuheiten, Wettbewerbe und Aktionsrabatte. Marken, die zusätzlich mit Humor, abwechslungsreichen Inhalten, Innovationen, Interaktionsmöglichkeiten oder einer Community auftreten, stechen aus der Masse heraus und können so zusätzliche punkten.

Patrick Gunti

LINKS

www.facebook.com
www.xing.com
twitter.com
www.youtube.com
www.flickr.com
www.linkedin.com
www.slideshare.net

SOCIAL MEDIA – WAS SIE SIND UND WAS SIE KÖNNEN

- **Facebook** ermöglicht es Privatpersonen und Unternehmen, mit ihrem Umfeld in Verbindung zu treten und mit ihm Inhalte zu teilen. Facebook ist das weltweit dominierende Soziale Netzwerk. Die Plattform erreichte im Februar 2011 einen Mitgliederbestand von 642,5 Millionen in der Schweiz waren 2,43 Millionen User registriert.
- **Twitter** ist eine Anwendung zum Mikroblogging. Privatpersonen, Organisationen, Unternehmen und Massenmedien nutzen



Fast zwei Drittel der grössten Schweizer Unternehmen sind auf Facebook.

BILD PIXELIO/KLAUS

Twitter als Plattform zur Verbreitung von kurzen Textnachrichten im Internet.

■ **Xing** ist das soziale Netzwerk für berufliche Kontakte. Geschäftsleute suchen und finden nützliche Kontakte, wichtige Informationen, Aufträge, Mitarbeiter, Jobs, Kunden und Ideen. Das Netzwerk zählt inzwischen über 10 Millionen Mitglieder.

■ **YouTube** ermöglicht es Benutzern, kostenlos Video-Clips anzusehen und hochzuladen. «Video-Feeds» können in Blogs gepostet oder auch einfach auf Webseiten über eine Programmierschnittstelle eingebunden werden.

■ **Flickr** ist ein Web-Dienstleistungsportal mit Community-Elementen, das es Benutzern erlaubt, Bilder sowie Videos mit Kommentaren und Notizen auf die Website zu laden und so anderen Nutzern zur Verfügung zu stellen.

■ **Slideshare** ist mit Plattformen wie Flickr oder Youtube eng verwandt. Statt Videos oder Fotos werden Präsentationen aus Powerpoint oder Impress sowie PDF-Dateien hochgeladen.



Social Media sind nicht das Ende des persönlichen Gesprächs, ermöglichen aber neue Formen des Dialogs.

BILD SWISSCOM

ENERGIEEFFIZIENZ – KMU können mit der richtigen Beleuchtung ihre Stromkosten erheblich senken. Ein neuer Ratgeber hilft dabei.

Ins rechte Licht rücken

Auf knapp zehn Prozent des gesamten schweizerischen Stromverbrauchs schätzt die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) den Anteil für die Beleuchtung in Büros, Verwaltungsgebäuden, Verkaufsgeschäften, Gewerbebetrieben und Industrie. Das sind rund 5,7 Milliarden Kilowattstunden (kWh) pro Jahr. Der breite Einsatz von effizienteren Leuchtmitteln, die Sanierung oder der Ersatz von Beleuchtungsanlagen kann diesen Stromverbrauch um etwa 40 Prozent oder gut 2 Milliarden kWh pro Jahr reduzieren.

Für KMU ist vor kurzem ein Ratgeber erschienen, der sich auf einfachere und schnell realisierbare Massnahmen konzentriert. Dabei geht es vorwiegend um den Eins-zu-eins-Ersatz von Leuchtmitteln oder Leuchten und die Nachrüstung der Beleuchtung mit Lichtsteuerungen. Herausgegeben hat den praktischen Ratgeber das Programm EnergieSchweiz in Zusammenarbeit mit S.A.F.E.. Zielpublikum sind technisch versierte KMU-Besitzer, Hauswarte, Elektriker und Elektroplaner – aber auch Beratungsstellen von Elektrizitätswerken und Gemeindeverwaltungen.

Dreistufiger Licht-Check

Ein dreistufiger Licht-Check führt Beleuchtungsverantwortliche von kleineren Läden und Shops, Gewerbebetrieben, Hotels und Restaurants oder kleineren Verwaltungen und Bürohäusern Schritt für Schritt bis zu einer allfälligen Massnahmenplanung. Die erste Stufe bildet der Schnell-Check. Damit wird der grundsätzliche Nutzen einer Beleuchtungserneuerung geklärt. Der Fragebogen umfasst zehn relevante Fragen zur Beleuchtung und kann auch durch Nichttechniker beantwortet werden, die den Betrieb aus



Mit energieeffizienter Beleuchtung lässt sich in Bürogebäuden viel Geld sparen.

BILD PHILIPS

dem eigenen Alltag kennen. Die Auswertung des Schnell-Checks zeigt, ob ein Erneuerungsbedarf gegeben ist, genauer geprüft werden sollte oder nicht nötig ist.

Ergibt der Schnell-Check, dass Erneuerungsbedarf gegeben ist oder eine Beleuchtungserneuerung geprüft werden sollte, folgt auf der zweiten Stufe die Detailanalyse. Sie zeigt das realisierbare Sparpotenzial bei der Beleuchtung auf. Diese Analyse sollte von einem versierten Techniker oder einer Beleuchtungsfachperson durchgeführt werden, weil dafür Fachwissen erforderlich ist. Basierend auf der Analyse kann schliesslich eine Mass-

nahmenplanung erarbeitet werden mit dem Ziel, das ausgewiesene Einsparpotenzial auszuschöpfen.

Häufig Mengenrabatte

Stefan Gasser, Autor des Ratgebers und S.A.F.E.-Beleuchtungsexperte, erklärt: «Oft ist nicht die günstigste Variante die wirtschaftlichste.» Er empfiehlt deshalb bei ausgewiesenen Sanierungsbedarf und erfolgter Massnahmenplanung, mehrere Unternehmerangebote einzuholen. Massgebend sollte nicht das günstigste Angebot sein. Ebenso wichtige Kriterien seien Zuverlässigkeit, Garantiezeit und Beständigkeit des Lieferanten. Zu Vorsicht rät Gasser gegenüber den vielen neuen Anbietern von LED-Leuchten. Die Qualitätsunterschiede der LED-Produkte seien enorm.

Von Katalogpreisen für Lampen, Leuchten und Zubehör sollte man sich nicht abschrecken lassen. «Das sind Preise für Einzelstücke. Bei mittleren Mengen werden in der Praxis Rabatte von 20 bis 40 Prozent gewährt», weiss Gasser. Bei grossen Bestellungen lägen bis zu 70 Prozent Rabatt drin. So habe eine Grossbank für 500 effiziente Stehleuchten statt des Katalogpreises von 1300 Franken gerade mal 400 Franken pro Stück bezahlen müssen.

In vier Jahren amortisiert

Was allein mit einem Eins-zu-eins-Ersatz drin liegt, illustriert der S.A.F.E.-Experte an einem konkreten Beispiel: In einem Restaurant mit einer Nutzfläche von 300 m² werden hundert herkömmliche Spot-Leuchten durch eine qualitativ gute LED-Variante ersetzt. Die Installationskosten sind minimal, weil keine Anpassungen nötig sind. Die installierte elektrische Leistung sinkt mit der LED-Version von 4 auf 2,5 Kilowatt, der Stromverbrauch pro Jahr von 14400 kWh auf 9000 kWh. Das ergibt Stromkosteneinsparungen von rund 1000 Franken pro Jahr. «Bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung müssen die Mehr- oder Minderaufwendungen beim Unterhalt unbedingt berücksichtigt werden», sagt Gasser. Der häufige Wechsel von Lampen mit geringer Lebensdauer beinhaltet nicht nur Kosten für neue Lampen, sondern auch Arbeitszeit für den Ersatz. Berücksichtigt man im Beispiel des Restaurants diesen Faktor, liegen die Jahreskosten der LED-Variante um gut 5000 Franken tiefer. Die Mehrinvestitionen von 20000 Franken sind somit in knapp vier Jahren amortisiert.

Armin Braunwalder

LINKS

www.toplicht.ch
www.topten.ch

538 MINERGIE-LEUCHTEN

Der Ratgeber «Energieeffiziente Beleuchtung für kleine und mittlere Betriebe» kann auf www.toplicht.ch heruntergeladen werden. Hier sind auch alle minergie-zertifizierten Leuchten von 23 Herstellern gelistet. Derzeit gibt es in vier Kategorien 538 Produkte.

Auf www.topten.ch finden Sie zudem qualitativ gute Sparlampen und LED-Lampen sowie energieeffiziente Leuchten für verschiedene Anwendungsbereiche.



SPARTIPPS – Die ideale Platzierung der Lichtquellen in einem Raum ist ebenso wichtig wie ihr rechtzeitiges Ausschalten.

Einmal richtig abschalten

■ Die letzten Glühlampen im Gebäude gegen Energiesparlampen austauschen.

■ In Arbeitsräumen Schreibtische so am Fenster positionieren, dass das Tageslicht bestmöglich genutzt werden kann.

■ Schalten Sie das Licht aus, wenn Sie einen Raum für mehr als 15 Minuten verlassen oder es im Laufe des Tages im Raum heller wird.

■ Die Helligkeit der Räume auf die unterschiedlichen Bedürfnisse abstimmen: ein Gang muss nicht so hell beleuchtet sein wie ein Arbeitsraum.

■ Lampen und Leuchten regelmässig reinigen. Eine Leuchtstoffröhre, die drei Jahre lang nicht gereinigt wird, hat nur noch 50 Prozent ihrer ursprünglichen Leistung.

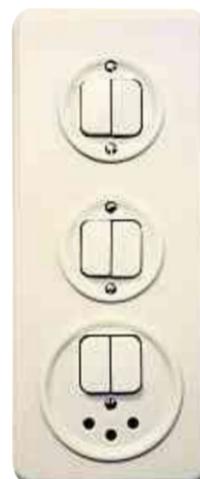
■ Punktgenau beleuchten: Lampen mit Reflektoren verwenden, damit

das Licht gebündelt auf jene Stellen fällt, wo es auch benötigt wird.

■ Helle Wände, Möbel und Böden reflektieren das Licht besser, sodass weniger künstliche Beleuchtung notwendig ist.

■ In grossen Räumen sollten die Lichtquellen so verteilt sein, dass die einzelnen Raumteile unabhängig voneinander beleuchtet werden können.

Bitte auf den Lichtschalter drücken, wenn Sie länger als 15 Minuten einen Raum verlassen.



■ Indirekte Beleuchtung ist vielleicht stimmungsvoll; aber dabei wird bis zu dreimal so viel Energie verbraucht wie bei direkter Beleuchtung. Gst

GUT ZU WISSEN

Mit Bakterium den Feuerbrand bekämpfen

In den USA, in Kanada und Neuseeland erweisen sich drei kommerzielle Pflanzenschutzmittelprodukte auf der Basis des Bakteriums *Pantoea agglomerans* als erfolgreich im Kampf gegen Feuerbrand – unter günstigen Bedingungen erreicht man eine Wirkung von sechzig bis achtzig Prozent. Experten der Forschungsanstalt Agroscope Changins-Wädenswil ACW erforschen derzeit, unter welchen Bedingungen diese Mittel auch hierzulande beste Wirkung zeigen und für Landwirtinnen und Landwirte eine Option im Kampf gegen Feuerbrand werden können. Die ACW-Fachleute prüfen das nützliche Bakterium auf Herz und Nieren. Ein Aspekt dieser Forschung war das Umweltverhalten unter kühlen Frühlingstemperaturen in den Jahren 2009 und 2010. In zwei Schweizer Apfelanlagen haben ACW-Experten die Feldversuche mit Praxis-Sprüngeräten durchgeführt – mit Erfolg: Die Bakterien haben achtzig bis hundert Prozent der behandelten Blüten besiedelt, und zwar in einer Dichte, die in den USA den Schutz gegen Feuerbrand gewährleistet.



Ein Bakterium soll Teil der Schweizer Feuerbrandbekämpfungsstrategie werden.

Allerdings: 2009 und 2010 waren keine Feuerbrandjahre. Somit steht dem nützlichen Bakterium die Feuerprobe noch bevor. In weiteren Studien soll das Umweltverhalten unter wärmeren Temperaturen untersucht werden.

Hefepilze beeinflussen Edelbrand-Aroma

Bei der Vergärung der Früchte, der sogenannten Maische, beginnt des Brenners Kunst. Wird dieser Prozess den wilden, an den Früchten haftenden Hefepilzen überlassen, kann dies zu Gärrückständen und andern Fehlern führen. Der passende Hefepilz muss her! Doch kann die Hefe auch mehr als nur Alkohol herstellen?

Um den Einfluss der Hefe auf das Edelbrand-Aroma zu testen, haben Experten der Forschungsanstalt der Agroscope Changins-Wädenswil ACW drei sortenreine Maischen genommen, um Berudger-, Damassinen- respektive Mirabellen-Destillate zu erhalten. Jede sortenreine Maische wurde in drei Teile geteilt, um drei verschiedene Reinzucht-Hefen unter denselben Bedingungen an den Start zu schicken.

Anschliessend haben die ACW-Fachleute daraus neun trinkfertige Edelbrände destilliert. Geschulte Verkoster beurteilten die ACW-Edelbrände bezüglich Geruch und Geschmack. Sie konnten klare Unterschiede in Bezug auf Fruchtigkeit und Schärfe feststellen – dasselbe Frucht-Destillat hatte ein leicht anderes Aroma je nach benutzter Hefe.

Achtzig Teilnehmende der Januar-Tagung vom Schweizerischen Obstverband SOV konnten die Ergebnisse ebenso bestätigen, wie das Analysegerät SMartNose, eine sogenannte elektronische Nase.

Mit diesem Wissen wird das Handwerk jeden Brenners um eine Möglichkeit reicher, die Qualität des Endprodukts positiv zu beeinflussen.



Die Verkoster stellten klare Unterschiede fest.

PERAVES AG – In Winterthur wird der Monotracer, das weltweit einzige Hochleistungs-Kabinenmotorrad, stetig weiterentwickelt.

Nur Fliegen ist schöner



Seit 2009 ist Roger Riedener Miteigner und Geschäftsführer der Peraves AG.

Plötzlich kommt auf den Winterthurer Strassen Rennatmosphäre auf. Zwar bin ich nur der Co-Pilot, doch der Adrenalinschub durchfährt auch mich. Während all die Lenker in ihren viereckigen, schwerfälligen «Kisten» immer wieder links und rechts den Blinker setzen, um möglichst bald zu Hause zu sein, wählt mein Pilot seine Strecke so, dass wir sowohl von einem Stau, als auch von einer zu frühen Ankunft verschont bleiben. Wer will schon auf dem direkten Weg nach Hause, wenn man in einem aerodynamisch schier perfekten Rennwagen durch die Gegend flitzen kann. Dabei habe ich vor der Fahrt noch über die euphorische Anpreisung in der Werbebroschüre schmunzeln müssen: «Der Blick aus der Mono-tracer-Kanzel lässt erahnen, was jetzt auf Sie zukommt: das Gefühl eines Piloten, der unter der Baumgipfelhöhe fliegt!» Ein Steuerknüppel ist dann aber doch nicht eingebaut; das Gefährt verfügt über einen Motorradlenker mit erweiterten Bedienungsarmaturen. Doch das Fahrgefühl ist tatsächlich

1a. Erst recht, wenn wir eine Kurve in Angriff nehmen. Mein Pilot legt die Maschine tief in die Kurve. Ich wage ihn nicht zu fragen, wie nahe er sich an die maximale Schräglage von 52 Grad heranwagt. Jedenfalls wird unser zweiplätziger Rennwagen



Jeder Pilot kann selber entscheiden, wie nah er sich an die maximale Schräglage von 52 Grad traut.

jetzt definitiv zum Töff. Der Fahrkick entspricht dem auf einem heissen Motorrad, der Sitzkomfort im Fahrzeuginnern muss dagegen dank Leder-Schalensitzen den Vergleich mit Sportwagen nicht scheuen.

Doch ob der Monotracer jetzt eher Motorrad oder Auto ist – auf der rasanten Fahrt ist das Nebensache. Hier interessiert man sich nur dafür, wann endlich die nächste Kurve kommt. Oder wahlweise das nächste Stoppschild. Denn es macht auch Spass, im Monotracer einfach nur zu beschleunigen – innert 4,8 Sekunden ist man von Null auf Hundert. Es braucht entsprechend Disziplin, auf den Gemeinde- und Kantonstrassen nicht zum Raser zu werden. Allerdings verrät ein Blick auf den Tacho, dass der Monotracer-Fahrspass auch mit gutem Gewissen möglich ist. Ausser auf der Autobahn sind wir gar nie schneller als mit 50 oder 80 unterwegs – dafür aber auch in den Kurven. Zudem wird für das Vergnügen, den Monotracer zu pilotieren, ein Motorrad-Führerschein benötigt. Und als wir – viel zu früh – wieder vor dem Hauptsitz der Peraves AG in Winterthur-Töss halten, merke ich, dass ich noch aus einem zweiten Grund kein schlechtes Gewissen wegen meines Fahrvergnügens haben

muss. Der Tank ist nach wie vor gut gefüllt, verbraucht doch der Monotracer bei 90km/h lediglich 3,4 Liter auf 100 Kilometern.

«Automobile sind zu sperrig»

Ein paar Minuten später sitze ich mit meinem Piloten, dem Peraves-AG-Geschäftsführer und -Miteigner Roger Riedener, bei einem Kaffee zusammen. Er blättert dabei in einer Sonderausgabe der «auto, motor & sport», die 125 Jahre Automobilgeschichte passieren lässt. Diese ist reich an Höhepunkten – Riedener streicht aber vor allem Irrtümer heraus. «Das Automobil gleicht doch bis heute dem Aufbau einer Kutsche. Es ist viel zu sperrig, der Verbrauch ist viel zu gross», sagt mein Gesprächspartner. Wobei er nicht nur auf die Benzinnmenge anspricht, die in einer durchschnittlichen Stunde vom Motor verarbeitet wird. «Für den Autobau werden viel zu viele Ressourcen verwendet. Wie teuer also wird ein herkömmliches Auto in 20, 30 Jahren sein, wenn die Materialien knapp werden?» fragt er. Dann legt er das Heft beiseite und stellt ein handliches Model seiner grossen Errungenschaft, des Monotracers, in die Mitte des Tisches.

Rossi statt Teuscher nacheifern

Die stromlinienförmige Schale hat zwar wenig zu tun mit der typischen Ei-Form anderer Vorzeige-Umweltschutz-Mobile und wirkt im Vergleich zu Kleinwagen durchaus chic. Und doch überrascht, welche Klientel sich für das Einspur-Fahrzeug mit den zwei hinter einander eingebauten Sitzen begeistern lässt. Wer einen Monotracer kauft, will nicht etwa VCS-Präsidentin Franziska Teuscher in Sachen tiefem Ressourcenverbrauch nacheifern – sondern viel eher Rennstreckencracks wie Valentino Rossi. «Wer unser Fahrzeug kauft, möchte gerne einmal wie der neunfache Weltmeister in die Kurven liegen», erklärt Riedener. «Viele unserer Kunden sind Akademiker, haben den Pilotenschein und kennen die Nürburgring-Nordschleife nicht nur von der Playstation», beschreibt er sein Kundensegment. Der potenzielle Monotracer-Käufer fasst als Kaufalternative nicht etwa einen Smart ins Auge, sondern würde eher einen Lotus oder Porsche kaufen.

Alles in Handarbeit

Das ist kein Zufall. Die rennbegeisterte Kundschaft muss kaufkräftig sein. Der Monotracer wird nämlich aktuell für 79 500 Franken verkauft. «Jedes Einzelteil wird von Hand gefertigt. In jedem Fahrzeug stecken 600 bis 700 Arbeitsstunden», erklärt Riedener. Noch teurer würde das Kabinenmotorrad, wenn die Tüftler aus Winterthur-Töss ihre Werkstatt auch gleich vor Ort hätten. Doch gebaut werden die Fahrzeuge im tschechischen Brünn, wo das Schwesterunternehmen Peraves CZ seinen Sitz hat. Einen Qualitätsverlust hat der Produktionsstandort Osteuropa aber nicht zur Folge – im Gegenteil. «Bei unserem Produktionsteam handelt es sich um ehemalige Flugingenieure der tschechischen Armee», erklärt Riedener. Allzu gross ist der Output bislang allerdings nicht. «2010 haben wir 30 Fahrzeuge mit Benzinmotor oder Elektroantrieb produziert und

DAS UNTERNEHMEN

Die Peraves AG wurde 1976 vom ehemaligen Piloten Arnold Wagner gegründet, der eine umweltfreundliche, sportliche Alternative zum Transport von zwei Personen entwickeln wollte. 1982 war der erste Prototyp strassentauglich, 1986 erhielt das Ecomobile die Strassenzulassung und wurde schliesslich zum benzinbetriebenen Monotracer und zum strombetriebenen Monotracer «e» weiterentwickelt. Seit 2009 ist Roger Riedener Miteigner und Geschäftsführer der Peraves AG. Sie hat ihren Sitz in Winterthur-Töss. Dort arbeiten sechs Personen: die Geschäftsleitung und die Entwickler. Gebaut werden die Fahrzeuge – 2010 waren es 30 Stück – im Schwesterunternehmen Peraves CZ im tschechischen Brünn, wo derzeit zehn Angestellte arbeiten. 2012 sollen erstmals über 100 Fahrzeuge verkauft werden.

24 verkauft», sagt Riedener. «Geld verdienen lässt sich mit dieser Produktionsweise natürlich nicht.» Er hat sich aber genau dieses Ziel gesetzt, als er 2009 die Leitung des KMU übernahm. «Mein Vorgänger, Firmengründer Arnold Wagner, war ein Visionär. Das Unternehmen war für ihn Liebhabelei. «Ich aber strebe den Markterfolg an.»

Drei Geschäftsoptionen

Für die Zukunft haben Riedener und sein Team drei Geschäftsoptionen. «Entweder wir wursteln weiter wie heute, oder wir finden einen Investor, der fünf bis zehn Millionen Franken einbringt, damit wir die Einzelteile zu billigeren Stückzahlen kaufen und pro Jahr 100 Fahrzeuge produzieren können», so Riedener. Er ist überzeugt, dass die Peraves AG diese Produktionsmenge problemlos absetzen könnte. «Eine andere Möglichkeit wäre, dass einer der grossen Autohersteller in Deutschland, den USA oder Japan das Potenzial des Monotracers erkennt und unser Patent kauft», hofft er und ergänzt: «Eine Serienproduktion wäre natürlich toll.» In Winterthur würde dennoch weitergetüftelt: am E-Tracer, der Monotracer-Version mit elektrischem Antrieb (siehe unten).

Rennstreckentag für Anfänger Pflicht

Vorderhand bleibt die Zahl der Monotracer-Piloten aber überschaubar. Und so kann der Chef an einer Besonderheit festhalten: Er händigt die Fahrzeugschlüssel nur denjenigen Käufern definitiv aus, die sich vier Tage lang auf der Rennstrecke in Brünn bewähren. «Das Fahrtraining ist Pflicht, muss doch jeder Fahrer erst erlernen, wie viel Power in einem Monotracer steckt», so Riedener. Und ja, er habe tatsächlich schon mal einen Fahrzeugverkauf rückgängig gemacht, weil ein Käufer nach diesen vier Tagen die Maschine nicht beherrscht habe.

Matthias Engel

LINKS

www.monotracer.ch
eco.peraves.ch

Der 2-Sitzer sorgt in einer Version mit elektrischem Antrieb für Furore.

Souveräner Sieg in den USA

Der sparsame elektrifizierte Bruder des Monotracers heisst Monotracer «e». Dieser sorgt zwar noch nicht mit Verkaufszahlen – die liegen bislang pro Jahr im einstelligen Bereich – dafür aber mit Spitzenleistungen weltweit für Furore. 2010 nahm die Peraves AG mit verschiedenen Teams und jeweils spezifisch ausgerüsteten Elektromobilen an zwei internationalen Wettbewerben teil, so das Team X-Tracer Switzerland mit zwei E-Tracers am «Progressive Automobile XPRIZE» in den USA. Dabei musste das Teilnehmerfeld unter anderem mit dem Energieinhalt einer Gallone Sprit ganze 100 Meilen zurücklegen – das entspricht einem Verbrauch von rund 2,35 Litern auf 100 Kilometern – oder bei einem Steigungs-Test 15 Minuten lang eine simulierte Steigung von 4 Prozent mit konstant 55 Meilen pro Stunde (88,5 km/h) abfahren. Da nur

die beiden E-Tracer alle Aufgaben schafften und auch den abschliessenden Labortest bestanden, durfte das Winterthurer Team am Ende des Wettkampfs einen Check über 2,5 Millionen US-Dollar in Empfang nehmen. Mit einem Fahrzeug namens «Zero-tracer» fuhr derweil ein anderes Team in 80 Tagen rund um die Welt beziehungsweise immerhin über 30 000 Kilometer weit. Das Fahrzeug bewährte sich dabei auf den Strassen Europas, Russlands, China, Mexikos sowie in den USA.

Bis 300 Kilometer weit

Genau in den USA – besser gesagt in Kalifornien – schätzt Roger Riedener die Marktchancen des Elektrogefährts am besten ein. «Stromtankstellen» seien weit verbreitet, der Staat vergüte jedem Käufer einen Teil des Kaufpreises.

Doch auch Schweizer können durchaus bereits den Kauf des aus dem Siegerfahrzeug E-Tracer hervorgegangenen Serienfahrzeuges Monotracer «e» wagen. «Bei konstant 100 km/h kommt man 300 Kilometer weit», verspricht Riedener. Dies sei dreimal mehr, als unter Alltagsbedingungen die Konkurrenz mit der gleichen Energiemenge schaffe.

Wie schnell aber kann man mit dem MonoTracer «e» eigentlich fahren? «Bei 240 km/h wird das Fahrzeug aus Sicherheitsgründen elektronisch abgeregelt. Mit den 200 PS, welche die Prototypen aufweisen, könnten aber 330 km/h drin sein.» Welche Spitzengeschwindigkeiten das Fahrzeug wirklich erzielen kann, will Riedener selber prüfen. Er will noch dieses Jahr als Pilot in der grossen Salzwüste im US-Bundestaat Utah einen neuen Geschwindigkeitsrekord aufstellen.



Mit dem E-Tracer auf der Rennbahn.

TRIBÜNE

Energiepolitik: Grosse Chance

Auf einen Schlag ist nach der Japan-Katastrophe scheinbar die ganze Schweiz atomkritisch geworden. Jahrzehntlang bekennende Atomkraft-Befürworter prüfen plötzlich den Ausstieg. Ich persönlich traue dieser Kehrtwende nicht. Wir hatten schon eine nach Tschernobyl – eine vorläufige. Doch wie die zukünftige Energiepolitik auch aussehen wird, mit Sicherheit haben Investitionen in die rationelle Energieverwendung, in die bessere Energieeffizienz und zu einem gewissen Grad auch in erneuerbare Energien an Boden gewonnen.

Wenn es um Investitionen in die rationellere Energieverwendung und Energieeffizienz geht, schlägt die Stunde des Gewerbes. Das ist die Chance für Haustechnik-Firmen in Bereichen wie Heizen, Kühlen, Lüftung, Wärmepumpen, Totalenergieanlagen. Das ist ebenso die Chance für das Isolationsgewerbe, die Fensterproduktion, das Baunebengewerbe. Das Know-how ist zum Glück hauptsächlich bei einheimischen Firmen angesiedelt, die Wertschöpfung bleibt im Inland.

Die früheren Energieprogramme des Bundes haben bezüglich technischem Know-how, Ausbildung und Erfahrungswissen positive Anreize bei mehreren tausend KMU gebracht: sowohl das Programm «Energie 2000» von Bundesrat Adolf Ogi als auch das Folgeprogramm «EnergieSchweiz» von Moritz Leuenberger. Jetzt geht es aber darum, die Chancen zu nutzen. Das Investitionspotential der nächsten 20 Jahre ist enorm. Es ist zum Beispiel politischer Konsens von links bis rechts, dass alle Elektroheizungen in 240 000 Wohnungen ersetzt und gleichzeitig deren Wohnungen oder Häuser energetisch saniert werden müssen. Schon nur der Ersatz dieser Elektroheizungen durch Wärmepumpen oder Totalenergieanlagen mit durchschnittlich 40 000 Franken Kosten pro Einheit ergibt ein Investitionspotential von 10 Milliarden Franken. Unter Einbezug der ganzen Gebäudesanierung in diesen Altwohnungen sind es laut Hochrechnung des Energieexperten Jürg Nipkow 30 Milliarden Franken.



Rudolf Strahm, ehemaliger Preisüberwacher und alt Nationalrat, über Energieeffizienz nach Fukushima.

Mindestens eine Million Wohnungen sind zudem energetisch sanierungsbedürftig und renditemässig sanierungswürdig. Das gibt ein errechnetes Sanierungspotential von mindestens 60 Milliarden Franken für die nächsten 20 Jahre.

Allerdings hat diese verheissungsvolle Hochrechnung einen Haken: Es fehlt oft der direkte wirtschaftliche Anreiz. Denn die heutigen Energiepreise widerspiegeln nicht die zukünftigen Preissteigerungen. Der Investitionszyklus und die Abschreibungszeit von energetischen Investitionen beträgt 20 bis 30 Jahre. Deshalb ist es ökonomisch richtig, wenn man die heutigen Energiepreise höher einsetzt resp. anhebt, um die zukünftigen Kosteneinsparungen einzukalkulieren.

Die Einfamilienhausbesitzer rechnen in der Regel richtig. Sie investieren, um zukünftige Heizkosten zu sparen. Hingegen haben wir bei den Mietwohnungen ein Problem. Diese machen in der Schweiz 67 Prozent aller Wohnungen aus. Eine Verteuerung der Energiepreise, sei es durch eine Abgabe oder durch Markt-

preise, wird durch die Nebenkostenabrechnung automatisch auf den Mieter überwältigt. Der Mieter zahlt die Energiekosten, aber er hat kaum Sparmöglichkeiten. Die individuelle Heizkostenrechnung, die das Sparverhalten des Einzelnen beeinflusst, wurde abgeschafft. Nur der Eigentümer der Mietliegenschaft kann durch energetische Sanierungen den Energieverbrauch massgeblich steuern.

Wir haben also eine paradoxe Situation: Der Mieter zahlt die Heiz- und Warmwasserkosten, und der Vermieter müsste energetisch sanieren und investieren, hat aber keinen direkten Anreiz dazu!

Aus diesem Grund müsste der Ertrag der CO₂-Abgabe als Anreiz für energetische Investitionen vollumfänglich zweckgebunden als Investitionsbeiträge eingesetzt werden. Eine Rückerstattung der Abgabe über Krankenkassenprämien oder Sozialbeiträge ist zumindest bei den zwei Dritteln Mietwohnungen wirkungslos, ja ein Unsinn. Diese Fehlkonstruktion einer angeblich «staatsquotenneutralen» Rückerstattung ohne Zweckbindung stammt aus den marktwirtschaftlichen Schreibtischmodellen der Neunzigerjahre. Bezüglich Investitionsanreizen sind sie in der Energie- und Klimapolitik fehl am Platz.

Heute wird der Ertrag des Klimarappens zweckgebunden investiert, und vom Ertrag der CO₂-Abgabe sind nur 200 von 630 Millionen Franken zweckgebunden. Zwei Drittel werden ungebunden zurückerstattet. Man will den zweckgebundenen Einsatz jetzt auf 300 Millionen erhöhen, aber auch dies ist zu wenig. Man müsste die CO₂-Politik vom Bundesamt für Umwelt ins Bundesamt für Energie verschieben, denn Klimapolitik ist – mit Ausnahme etwa der Kuhgase und Miststöße – eigentlich Energiepolitik. Beim BfE ist auch das nötige technische Fachwissen angesiedelt.

Es ist im Interesse des Gewerbes, der gesamten Haustechnik-Branche und des Baunebengewerbes, wenn der zweckgebundene Einsatz der CO₂-Abgabe erweitert wird. Denn Investitionsanreize sind wirksam. Bei den institutionellen Liegenschaftsbesitzern, den Pensionskassen, Versicherungen und andern institutionellen Immobilienbesitzern lässt sich ein enormes Investitions- und Sanierungspotential ausschöpfen. Und volkswirtschaftlich lassen sich jährlich Milliarden an Heizölimportkosten einsparen und Millionen an Tonnen CO₂-Ausstoss vermindern.

Im September 2000 wurde eine zweckgebundene Energielenkungsabgabe von 0,4 Rappen pro Kilowattstunde mit 55 Prozent relativ knapp abgelehnt. Das Haustechnikgewerbe unterstützte sie damals geschlossen, die Economiesuisse bekämpfte sie. Ein Jahrzehnt später holt uns die gleiche Problematik wieder ein. Hoffentlich findet sich diesmal ein Kompromiss jenseits ideologischer Dogmen. Das Gewerbe wäre jedenfalls Gewinner davon.

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.

ECHO

Denkanstoss

«Der sgv fordert eine neue Verkehrspolitik», sgz vom 15. April.

Sie schreiben, dass das CO₂-Gesetz wirtschaftsfeindlich sei. Mein Denkanstoss für die Gewerbepolitik: Die Politik könnte es ja wirtschaftsfreundlich machen, indem für Geschäftskilometer eine Rückvergütung über die Bundessteuer gemacht würde. Der Preis für Treibstoffe könnte an die Sätze des nahen Auslandes in einer definierten Bandbreite gekoppelt werden, sodass der Treibstofftourismus in die Schweiz erhalten bliebe. So würde der Individualverkehr, der einen nicht unwesentlichen Verbrauch darstellt, in erster Linie vom der CO₂-Steuer betroffen. Dass wir weniger CO₂ erzeugen müssen, ist für alle eigentlich klar. Folglich müssten auch die gewünschten Gaskraftwerke, welche die Kernenergie ersetzen sollen, das CO₂ in der Schweiz kompensieren – oder nicht?

Peter W. Glatz, Zollikofen/BE

IDEEN DER WOCHE

Droht das Aus für Freisprechanlagen?

Navigationsgeräte, MP3-Player, ja gar eingebaute TV-Geräte – die Ausstattung moderner Personenwagen wird immer üppiger. Und damit auch unübersichtlicher. Überall und immer droht den Fahrern Ablenkung. Wer auch nur halbwegs bei Sinnen ist, dem ist klar: Während der Fahrt wird keines dieser Instrumente bedient. Die volle Aufmerksamkeit gilt dem Verkehr. Aus diesem Grund gibt es seit Jahren Freisprechanlagen. Sie erlauben es dem Lenker oder der Lenkerin, während der Fahrt ein Telefongespräch zu führen. So, als ob sie mit dem Beifahrer sprechen würden. Doch nun soll damit Schluss sein: Laut dem «SonntagsBlick» planen die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) und das Bundesamt für Strassen (Astra) ein totales Telefonverbot am Steuer. «Es gibt keinen sachlichen Grund, das Telefonieren mit einer Freisprechanlage zu erlauben», halten bfu und Astra gemeinsam fest.



Wenn es nach dem Willen von bfu und Astra geht, so soll das Telefonieren im Auto ganz verboten werden – also auch mit Freisprechanlagen.

Spontan kommt da Widerspruch auf: Haben Taxifahrer etwa keinen sachlichen Grund, während der Fahrt schon das nächste Ziel anzupeilen? Oder haben Bauleiter keinen sachlichen Grund, ihre Arbeiten von unterwegs zu koordinieren? Und haben Aussendienstmitarbeiter etwa keinen sachlichen Grund, ihre Zentrale sofort über dringliche Arbeiten zu informieren?

Sollten es bfu und Astra mit ihrer Idee eines Handy-Totalverbots ernst meinen, so müssen sie noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten. Bis dahin bleibt der Verdacht bestehen, hier solle unter dem Deckmantel der Verkehrssicherheit einmal mehr bloss die Bussemaschinerie am Laufen gehalten werden. En

Not macht erfinderisch

Die österreichischen Städte Linz und Graz trugen beide den Titel «Europäische Kulturhauptstadt». Und beide haben sich bei all den Festivitäten massiv übernommen. Geblieben sind grosse Löcher in den städtischen Budgets und eine finanzielle Katerstimmung. Linz will nun seine Probleme auf simple Weise lösen: Mit einer Sondersteuer von 15 Prozent auf Alkohol. Dies notabene zusätzlich zur bereits vorhandenen Bier- und Alkoholsteuer auf Bundesebene. Der aus der Not geborene Vorschlag wird nun auch in Wien diskutiert. Die Präsidentin der lokalen Wirtschaftskammer bezeichnet ihn als «ruinösen Plan für die Gastronomie». Man könnte ihn auch eine Schnapsidee nennen. En



Lüftung, Heizung, Kühlung etc.: Für das Gewerbe ist das Thema Energieeffizienz eine grosse Chance.

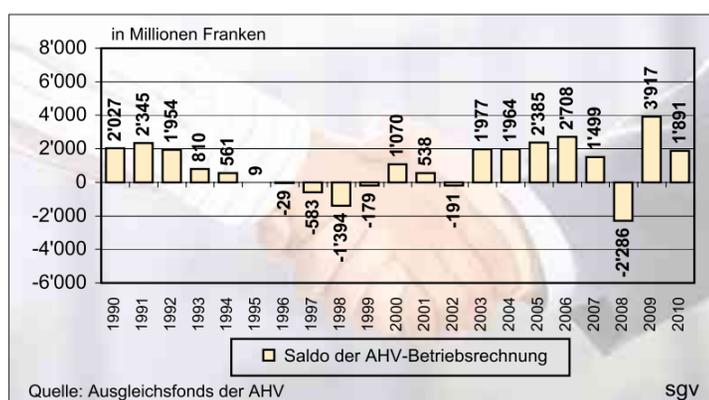
BILD SUISSETEC

ZAHLEN DER WOCHE

Kleinerer AHV-Überschuss

Nachdem die AHV im Jahre 2009 den grössten je erzielten Überschuss verbuchen konnte, resultierte im vergangenen Jahr nur noch ein durchschnittliches Ergebnis. Der Saldo der Betriebsrechnung verringerte sich binnen eines Jahres von 3917 auf 1891 Millionen Franken. Davon stammen 644 Millionen aus der Umlagerechnung (Differenz zwischen den Einnahmen und dem Aufwand im betreffenden Jahr), 1089 Millionen Franken wurden mit den Kapitalanlagen erwirtschaftet und 158 Millionen Franken stammen aus der

Verzinsung der Schuld der Invalidenversicherung bei der AHV. Kürzlich noch haben die Gewerkschaften dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vorgeworfen, dass es viel zu pessimistisch prognostiziere und der AHV kein Finanzloch drohe. Fakt ist, dass das BSV für das vergangene Jahr einen leicht höheren Überschuss (1989 statt 1891 Millionen Franken) prognostiziert hatte. Der gewerkschaftliche Vorwurf ans BSV, Schwarzmalerei zu betreiben, wurde damit klar widerlegt. Bereits für 2013 prognostiziert das BSV der AHV ein negatives Umlagergebnis. Wenige Jahre später droht die AHV dann vollends in die finanzielle Schieflage zu geraten. Damit



es nicht so weit kommt, setzt sich der Schweizerische Gewerbeverband sgv dafür ein, dass das Rentenalter

stufenweise den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der AHV angepasst wird.